MAGAZIN DES NIEDERÖSTERREICHISCHEN GEMEINDEBUNDES

FEBRUAR 2023

NÖGEMEINDE

FACHJOURNAL FÜR GEMEINDEPOLITIK



SCHWERPUNKT. REGIONALE WIRTSCHAFT

Blühende Wirtschaft – lebenswerte Orte

© STADT WAIDHOFEN/YBBS

ANALYSE

Aus der Landtagswahl lernen - in 2 Jahren ist Gemeinderatswahl

NEUJAHRSEMPFANG

Dank an die Mandatare für ihre Arbeit

Österr. Kommunalverlag, 1010 Wien, Löwelstr. 6
Retouren an Postfach 100, 1350 Wien

ISSN: 1605-1440
Österreichische Post AG MZ 022032903 M


BEREIT FÜR
2023
KOMMUNAL
WIRTSCHAFTS
FORUM 2023
& FLGÖ BUNDESFACHTAGUNG
2023 wird für unsere Gemeinden spannende Herausforderungen bringen. Wir sind bereit.
Mit Keynotes, Workshops und Podiumsdiskussionen wird Ihnen das Kommunal-Wirtschaftsforum helfen, die Weichen in die richtige Richtung zu stellen.
9.–10.03.2023 // CONGRESS LOIPERSDORF
JETZT ANMELDEN
AUF WWW.KOMMUNALWIRTSCHAFTSFORUM.AT
Österreichischer Gemeindebund
Österreichischer Städtebund
KOMMUNAL
KOMMUNAL BEDARF.AT
Deloitte.
Raiffeisen Meine Bank
SIEMENS
SWIETELSKY
FLGÖ

NÖGEMEINDE
FEBRUAR 2023

SCHWERPUNKT. REGIONALE WIRTSCHAFT



© Stadt Waidhofen/Ybbs

Die Gemeinde hat eine zentrale Rolle, wenn es um die Entwicklung der Wirtschaft im Ort geht. Wie aber können lokale Betriebe unterstützt werden?

04 **WIRTSCHAFTSSPARTEN**
Wie steht's um die heimischen Betriebe?

08 **BEIHILFEN**
Kommunale Wirtschaftsförderung

11 **WIRTSCHAFTSPARKS**
Hilfe bei der Errichtung von Gewerbegebieten

12 **BONUSSYSTEME**
Kaufkraft in den Gemeinden stärken – so geht's

15 **NAFES**
Nachhaltige Förderung der Orts- und Stadtzentren

16 **STADTENTWICKLUNG**
Wie Waidhofen den Handel belebt hat

POLITIK

20 **ANALYSE**
Aus der Landtagswahl lernen – in 2 Jahren ist Gemeinderatswahl

25 **NEUJAHRSEMPFANG**
Dank an die Mandatare für ihre Arbeit



© Erich Marschik

RECHT & VERWALTUNG

28 **VERANTWORTUNG**
Haftung bei (sexueller) Belästigung in Musikschulen

AUS ERSTER HAND

JETZT NACH VORNE SCHAUEN



Die Landtagswahl ist geschlagen. Und auch wenn die Verluste schmerzlich sind, so gilt es sofort wieder nach vorne zu schauen. Ergebnis liegt am Tisch und mit der neuen Konstellation, die bis 2028 gilt, hat die „Politik" und haben wir „Politiker" daraus nun das Beste für unser Bundesland Niederösterreich zu machen.

Für uns in den Gemeinden ist das Wahlergebnis auch ein Stimmungstest für die Gemeinderatswahlen in zwei Jahren. Natürlich sind die Politikebenen (Land-Gemeinde) nicht vergleichbar, aber die Stimmungslagen, die jetzt die Wahlbewegung begleitet haben, werden fast alle auch 2025 noch da sein. Umso wichtiger ist es, jetzt aus den Beweggründen der Menschen für oder gegen uns auch die richtigen Schlüsse zu ziehen. Eine erste Analyse im zweiten Teil dieser Zeitung soll dir dabei auch erste Erkenntnisse für deine Arbeit in Deiner Gemeinde geben. Soviel vorweg: VERTRAUEN wird auch 2025 die wichtigste politische Währung sein. Daran zu arbeiten, das haben wir auch und besonders für die Gemeinderatswahl, selbst in der Hand.

Im großen Portfolio an Themen und Arbeitsschwerpunkten, die in Summe eine gute und vertrauensvolle Arbeit für eine Gemeinde ausmachen, haben wir uns in dieser Ausgabe der NÖ Gemeinde das Thema „regionale Wirtschaft" herausgesucht. Geht´s der Wirtschaft gut, geht´s der Gemeinde gut, könnte man im Hinblick auf die Gemeindefinanzen sagen. **Geht's der Wirtschaft gut, dann geht´s aber noch viel mehr den Menschen gut**. Denn eine blühende regionale Wirtschaft schafft wohnortnahe Arbeitsplätze, sie bietet eine Fülle an Dienstleistungen – vom Einkauf über persönliche Dienste bis zur Freizeit – und sie belebt auch den Ort. Es ist einfach was los und dadurch trifft man Menschen, man tauscht sich aus, dadurch entstehen wieder neue Ideen und Impulse, die in Summe die Lebensqualität in einem Ort ausmachen! Jetzt wissen wir alle, dass ein prosperierendes Ortsleben nicht so einfach planbar ist und die Dynamik der örtlichen Wirtschaft von vielen anderen äußeren oder zutiefst auch menschlichen Faktoren, die wir schlichtweg nicht beeinflussen können, auch noch abhängig ist. Aber es gibt „Stellschrauben" und Rahmenbedingungen, die wir in der Hand haben und genau die wollen wir in dieser NÖ Gemeinde umfassend aufzeigen und für Dich nutzbar machen!

In diesem Sinn wünsche ich dir für Deine Arbeit in der Gemeinde alles erdenklich Gute und dass diese Ausgabe der NÖ Gemeinde dir dabei wieder eine Hilfe sein kann.

BGM. DIPL.-ING. JOHANNES PRESSL, PRÄSIDENT



SCHWERPUNKT. REGIONALE WIRTSCHAFT

Wie steht's um die heimischen Betriebe?

© JenkoAtaman - stock.adobe.com

Die Corona-Pandemie, der Krieg in der Ukraine und die damit verbundenen Herausforderungen für das tägliche Leben, ein Mitarbeitermangel quer durch alle Branchen und Regionen – die heimischen Unternehmen sahen und sehen sich mit großen Herausforderungen konfrontiert. Wie es derzeit vor allem um die kleineren Betriebe in NÖ Regionen steht, haben uns WKNÖ-Branchenvertreter verraten. VON **BERNHARD STEINBÖCK**

Lebensmittelhandel

Der Wirtschaftszweig Lebensmittelhandel steht wie kaum ein anderer für höchste Lebensqualität in den Gemeinden. Rund 2.100 Lebensmittelhändler sind in Niederösterreich derzeit Ein-Personen-Unternehmen, was 65 Prozent aller im Lebensmittelhandel eingereihten Unternehmen entspricht. Ca. 900 Unternehmen, oder rund 28 Prozent aller Unternehmen haben zwischen einem und neun Mitarbeitern. Mit dem Schreckgespenst COVID kamen viele Probleme ins Land, die auch für Versorgungsengpässe gesorgt hat. Gerhard Holub, der Obmann des NÖ Lebensmittelhandels, konnte der schwierigen Lage aber auch etwas Positives abgewinnen: „Die Pandemie und die Energiekrise haben das Bewusstsein für die Bedeutung einer sicheren Versorgung mit Lebensmitteln wieder ins Zentrum der Aufmerksamkeit gerückt. Der Regionalität kam hierbei sowohl bei der Herkunft der Produkte als auch im Hinblick auf die Nähe des Lebensmittelversorgers zum Wohnort besondere Bedeutung zu. Hierbei spielten sicher auch die stark gestiegenen Treibstoffpreise eine Rolle." Regionale Einkäufe erlebten in Corona-Zeiten also einen Aufwind. Doch die Energiepreiskrise holt nun viele Greißler auf den Boden der Realität zurück: „Gerade auf die kleineren Betriebe wirkt sich diese Krise teils dramatisch aus. Die Kosten für Kühlung, Beleuchtung und Heizung stellen viele Kleinbetriebe vor existenzielle Herausforderungen. Dies ist besonders vor dem Hintergrund, dass genau diese Betriebe häufig der einzige Nahversorger im Ort sind, eine besorgniserregende Entwicklung." Wenn diese Unternehmen schließen, hätte dies äußerst negative Auswirkungen auf die Lebensqualität in vielen ländlichen Gemeinden, weiß Holub.

Wie wichtig gerade jetzt das Verhältnis zwischen Bürgermeister und den KMU ist, wird der Obmann der Sparte Lebensmittelhandel nicht müde zu betonen: „Gerade in kleineren Gemeinden gibt es in der Regel einen engen und guten Austausch mit den Bürgermeistern. Die Ortschefs sind es auch, die sich in wirtschaftlich herausfordernden Zeiten für die Nahversorger stark machen, da Ihnen die Bedeutung des Lebensmittelhandels für die Lebensqualität in den Gemeinden bewusst ist."



„Gerade in kleineren Gemeinden gibt es in der Regel einen **engen und guten Austausch mit den Bürgermeistern**."

Gerhard Holub
Obmann des Landesgremiums des Lebensmittelhandels Niederösterreich



© Josef Bollwein

„Zum Teil können Unternehmen Aufträge gar nicht mehr annehmen, weil ihnen dafür **die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter fehlen.**"

Jochen Flicker
Obmann der Sparte Gewerbe und Handwerk der WKNÖ



© Andreas Kraus

„Wichtig ist, dass Gemeinden örtliche Tourismuskonzepte erstellen und die **Parkplatz- und Verkehrssituation entsprechend ausrichten.**"

Mario Pulker
Obmann der Sparte Tourismus und Freizeitwirtschaft der WKNÖ

Gewerbe und Handwerk

Ganz unterschiedlich sind die Prognosen für die Gewerbetreibenden und Handwerksbetriebe in Niederösterreich. Spartenobmann Jochen Flicker sieht gerade für Betriebe, die etwa für die Umstellung oder den Ausbau erneuerbarer Energien verantwortlich sind, rosige Zeiten anstehen: „Zum Teil können Unternehmen Aufträge gar nicht mehr annehmen, weil ihnen dafür die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter fehlen."
Womit Flicker auch schon des Pudels Kern aufdeckt – den Fachkräftemangel, der sich mittlerweile in vielen Bereichen zu einem generellen Arbeitskräftemangel ausgedehnt habe.
Andere Betriebe würden auch spüren, dass die Menschen angesichts der Teuerungen nun weniger ausgeben würden. Und natürlich seien auch die Unternehmen selbst von den Teuerungen, insbesondere im Energiebereich, massiv betroffen. „Da müssen die vereinbarten Unterstützungen jetzt rasch bei den Betrieben ankommen – je rascher, umso besser", so Flicker, der hinsichtlich des Ukraine-Konflikts vor allem situative Nachjustierungen wünscht: „Inflation, Energiepreise, Materialengpässe – das alles trifft unsere Unternehmen natürlich. Umso wichtiger ist es, die Situation ständig zu beobachten, ständig neu zu bewerten und ständig zu schauen, was unsere Unternehmen angesichts der Herausforderungen durch den Krieg brauchen."
Rund 155.00 Beschäftigten bietet die Sparte derzeit einen Arbeitsplatz und sorgt vor allem für eine Vielfalt in den Regionen und Kommunen, wie Flicker abschließend betont: „Das betrifft natürlich Arbeitsplätze, aber ebenso die Ausbildung der Jugend, Stichwort Lehre, und die gesamte Vitalität und Lebensqualität in den Gemeinden. Wenn man bedenkt, dass rund 80 Prozent der Arbeitgeberbetriebe im niederösterreichischen Gewerbe und Handwerk zwischen einem und maximal neun Beschäftigten haben, zeigt das deutlich, welche Vielzahl an Betrieben hinter diesen 155.000 Beschäftigten steht und wie sehr diese Betriebe auch die Gemeinden mitprägen und für wirtschaftliche Stabilität sorgen."



© Drazen- stock.adobe.com

Die Gastronomen ersuchen Gemeinden, Veranstaltungen in lokalen Betrieben abzuhalten.

Gastronomie

Wenn es ums Dorfleben geht, dann prägt es kein Betrieb so sehr wie das Wirtshaus ums Eck. Erster Treffpunkt zur Kontaktpflege, wichtiger Arbeitgeber, Ausbildner von Lehrlingen zu Fachkräften und wichtiger Indikator für ein funktionierendes Gemeinwesen.
„Die Gastronomiebetriebe sind bestrebt, ihre Arbeitsbedingungen permanent attraktiver zu machen, etwa durch Personalunterkünfte, bessere Entlohnung, flexiblere Arbeitszeitmodelle. Eine gute Möglichkeit, künftige Fachkräfte von der Branche zu begeistern, ist der Kontakt zu den Schulen. Schnuppertage und Berufsmessen sind ebenfalls gute Möglichkeiten, um mit jungen Menschen in Kontakt zu treten", weiß Spartenchef Mario Pulker um die Aufgabe, den Gastrobereich für jüngere Arbeitnehmer wieder attraktiver zu gestalten und den Personalproblemen Herr zu werden.
Personalprobleme und vor allem die Teuerung machen den heimischen Wirten zu schaffen. Pulkers Ratschläge, wie der Gastronomie nun geholfen werden kann, sind vielseitig: „Veranstaltungen in Gastgewerbebetrieben abhalten, nicht in Vereinslokalen, Feuerwehrdepots, Gemeindesälen und dergleichen. Ebenso wie Ausschank- und Feste-Aktivitäten der Vereine im verträglichen Rahmen zu halten. Wichtig ist es auch, dass Gemeinden örtliche Tourismuskonzepte erstellen und die Parkplatz- und Verkehrssituation entsprechend ausrichten."



LEHRE

„Duale Ausbildung eröffnet viele Perspektiven“

Wolfgang Ecker, Präsident der Wirtschaftskammer NÖ, sieht im NÖ Gemeinde-Interview das Image der Lehre im Steigflug und will den Trend auch weiterhin mit zahlreichen Maßnahmen in der Berufsorientierung unterstützen. VON **BERHARD STEINBÖCK**

Herr Präsident, wie beurteilen Sie die aktuelle Wirtschaftslage?

Wolfgang Ecker: In der letzten Zeit ist viel geschehen, mit dem wir nicht gerechnet und das wir so nicht gekannt haben. Die weltweite Corona-Pandemie. Der Krieg in der Ukraine und die damit verbundenen vielen schweren Herausforderungen, die unser tägliches Leben beeinflussen. Aber auch der Mitarbeitermangel ist ein Thema, das unsere Betriebe nicht nur jetzt, sondern auch in der Zukunft stark beschäftigen wird. Unsere Unternehmerinnen und Unternehmer haben auf diese Herausforderungen sehr schnell, innovativ und kreativ reagiert. Dazu kommt, dass die Stärke der niederösterreichischen Wirtschaft in der Vielfalt der Branchen und Unternehmensgrößen liegt. Dadurch ist der Wirtschaftsstandort Niederösterreich gut aufgestellt. Eine zusätzliche Unterstützung sind die von uns gemeinsam mit dem Land NÖ geforderten und von der Bundesregierung umgesetzten Energiehilfen, besonders der Energiekostenzuschuss 2. Dieser sichert die Wettbewerbsfähigkeit und bringt Planungssicherheit für die Betriebe bei den Energiekosten für das kommende Jahr. Wichtig ist jetzt, dass die Energiehilfen rasch und unbürokratisch bei den Unternehmen ankommen.

Der Fachkräftemangel betrifft aktuell zahlreiche Branchen. Wie sehen Sie diese Entwicklung?

> Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter werden überall – unabhängig von der Branche und der Qualifikation – **in allen Regionen gesucht.**

> Betriebe, aber auch Gemeinden, die selbst **Lehrlinge ausbilden, sind klar im Vorteil.**

Wirtschaftskammer-Präsident Wolfgang Ecker sieht in der Lehre eine Win-win-Situation sowohl für Unternehmen als auch für Jugendliche.

Aus meiner Sicht sprechen wir nicht von einem Fachkräftemangel, sondern von einem allgemeinen Mitarbeitermangel. Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter werden überall – unabhängig von der Branche und der Qualifikation – in allen Regionen gesucht. Eine von uns in Auftrag gegebene Studie der KMU Forschung Austria zeigt, dass bereits jede zehnte Stelle in Niederösterreich nicht besetzt werden kann. Das kostet unseren Betrieben rund 400 Millionen Euro im Jahr.
Die eine große Lösung, um dem Mitarbeitermangel entgegenzuwirken gibt es nicht, es braucht Maßnahmen auf vielen verschiedenen Ebenen.
Auf der Bundesebene brauchen wir kurzfristige Abfederungsmaßnahmen. Zum Beispiel einen Anreiz für die Menschen, die über das gesetzliche Pensionsalter hinaus arbeiten wollen. Das zeigen unter anderem die rund 10.500 Unternehmerinnen und Unternehmer in Niederösterreich, die auch nach dem erreichten Pensionsalter aktiv sind.
Wir brauchen aber auch weitere, mittel- und langfristige Maßnahmen, wie eine qualifizierte Zuwanderung, Menschen die motiviert und leistungsbereit sind und bei uns arbeiten wollen.
Und wir müssen auf Ebene der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter das bei uns vorhandene Potenzial voll ausschöpfen. Schon jetzt leisten zahlreiche Unternehmen einen großen Beitrag, zum Beispiel bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf, um Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern den Wiedereinstieg in den Beruf zu erleichtern. Hier bietet die betriebliche Kinderbetreuung – auch in Zusammenspiel mit den Gemeinden – eine gute Ergänzung zu bestehenden Betreuungseinrichtungen.
Einer der wichtigsten Hebel für Unternehmen ist und bleibt aber mit Sicherheit die Lehrausbildung als Basis für zukünftige Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Welche Gründe gibt es dafür?
Die Lehre ist sowohl für Unternehmen als auch für Jugendliche eine Win-Win-Situation. Betriebe, aber auch Gemeinden, die selbst Lehrlinge ausbilden, sind klar im Vorteil. Damit stellen sie sicher, dass genau jene Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bei ihnen arbeiten, die einen wichtigen Beitrag zum Erfolg leisten. Die duale Ausbildung eröffnet jungen Menschen viele Perspektiven. Es stehen ihnen alle Wege offen: Lehre mit Matura, Lehre mit Studium, der Werkmeister, die Meisterprüfung oder die Befähigungsprüfung, die Selbstständigkeit. Aus eigener Erfahrung kann ich sagen: Die Lehre war für mich die beste Vorbereitung für meinen weiteren Berufsweg.

Der Trend zur Lehre scheint ja in Niederösterreich ungebrochen …
Wir können schon jetzt viele junge Menschen und Betriebe von den großen Chancen und Möglichkeiten der Lehre überzeugen. Das zeigt die Zahl der Lehranfänger im letzten Jahr, die von 4.790 2021 um 10,6 Prozent auf 5.299 Lehrlinge im ersten Lehrjahr im Jahr 2022 gestiegen ist. Auch bei der Gesamtzahl der betrieblichen Lehrlinge gibt es ein Plus von 1,77 Prozent.
Inklusive überbetrieblicher Ausbildungen werden aktuell in Niederösterreich 17.412 Lehrlinge ausgebildet, das sind um 302 mehr als 2021. Zusätzlich ist auch die Anzahl der Betriebe, die Lehrlinge ausbilden, im Vergleich zu 2021 um 86 auf insgesamt 4.505 Unternehmen gestiegen – ein Plus von 1,95 Prozent.
Wie so oft im Leben gibt es aber auch hier noch Luft nach oben. Denn der Bedarf an Lehrlingen in der Wirtschaft ist groß, wie die 1.265 Ende Dezember 2022 sofort verfügbaren Lehrstellen beweisen. Wir arbeiten daher gemeinsam mit den Sozialpartnern und dem Land NÖ intensiv daran, mehr Jugendliche für die Lehre zu begeistern.
Die Berufsorientierung spielt dabei eine große Rolle. Ein gutes Beispiel dafür ist die mit der AK NÖ gemeinsam entwickelte App „BotoGo“, die Eltern und Kinder auf dem Weg vom Berufswunsch bis zum passenden Lehrbetrieb unterstützt.

Wie können Gemeinden dabei helfen, das Thema Lehre zu attraktiveren?
Wir alle, Betriebe als auch Gemeinden, können einen Teil dazu beitragen, das Image der Lehre weiter zu stärken und dabei zu unterstützen, dass die Lehre den Stellenwert in der Gesellschaft bekommt, den sie verdient. Dann werden sich auch mehr junge Menschen für diesen Ausbildungsweg entscheiden.

BEIHILFEN

Kommunale Wirtschaftsförderung – ein wichtiger Faktor für die regionale Entwicklung

Gemeinden spielen eine bedeutende Rolle bei der Unterstützung von Unternehmen und Bürgerinnen und Bürgern vor Ort. Ein Instrument hierbei sind staatliche Beihilfen, die in Form von öffentlichen Fördermitteln an lokale Unternehmen oder Vereine gewährt werden können, die dadurch wiederum in die Lage versetzt werden, neue Arbeitsplätze zu schaffen oder regionale Entwicklungsprojekte zu unterstützen, um letzten Endes die Lebensqualität der Menschen vor Ort zu verbessern. VON **RICHARD KOSTAL**

© DOC RABE Media - stock.adobe.com

Ein detailliertes Verständnis oder gar ein Gesamtüberblick der Fördermöglichkeiten sowie -maßnahmen auf Gemeindeebene ist schwer zu erlangen. Ein Hilfsmittel für die Suche und den gezielten Einsatz solcher Mittel stellt dabei die regionale Leitplanung dar, wo Gemeinden, Regionen und Land gemeinsam eine zukunftsfähige Strategie zur Siedlungs- und Standortentwicklung erarbeiten, in Form von Grundsätzen, Zielen und Maßnahmen zur Raumentwicklung, die auf die Bedürfnisse der Gemeinden abgestimmt sind.
Die NÖ.Regional fungiert dabei unter anderem als regionale Prozessleitung und übernimmt eine Schnittstellenfunktion zwischen Fachabteilungen des Landes, Planungsbüros und Gemeinden und hilft den Kommunen, geeignete (EU-)Fördermittel zu identifizieren.
Aber nicht nur die Inanspruchnahme von Förderungen ist für die kommunale Wirtschaftsförderung von Relevanz. Gemeinden können auch selbst Förderungen organisieren und damit vor allem lokal, situations-, bedarfsbedingt, flexibel und manchmal sogar unkonventionell agieren.
Die Vergabe derartiger von der Gemeinde gewährte („Regional “)Beihilfen sind jedoch nicht uneingeschränkt möglich und haben insbesondere in Übereinstimmung mit den europa- und verfassungsrechtlichen Rahmenbedingungen zu erfolgen.

EU-Beihilfenrecht

So sieht das europäische Beihilfenrecht vor, dass (auch von Kommunen) gewährte Beihilfen den Wettbewerb innerhalb der EU nicht beeinträchtigen sollen. Beihilfen, die den unternehmerischen Wettbewerb verfälschen oder zu verfälschen drohen sind demnach unzulässig. Darunter werden unter anderem „Wirtschaftsbeihilfen“ verstanden, die ein Unternehmen von Kosten befreien oder auch dazu führen, dass bestimmte Unternehmen billigere Produkte als deren Mitbewerber anbieten können (z. B.: Zuschüsse, Bürgschaften und Garantien, preiswerte Überlassung von Grundstücken etc.). Allgemeine Maßnahmen, die kein „bestimmtes“ Unternehmen bevorzugt, sind hingegen keine Beihilfen, da sie nach objektiven Kriterien unabhängig allen Unternehmen gewährt werden.
Rechtswidrig gewährte Beihilfen sind wiederum (samt Zinsen) von Unternehmen zurückzufordern, um damit verursachte Verfälschungen des Wettbewerbs zu bereinigen.
Auch können Gemeinden von Dritten vor nationalen Gerichten auf Unterlassung und/oder Schadenersatz geklagt werden.
Rechtswidrige Beihilfen können demnach Unternehmen in eine „plötzliche“ wirtschaftliche Schieflage bringen sowie Gemeinden einen Image- als auch wirtschaftlichen Schaden bescheren.

> **Gemeinden können auch selbst Förderungen organisieren** und damit vor allem lokal, situations-, bedarfsbedingt, flexibel und manchmal sogar unkonventionell agieren.



Allgemeine Gruppenfreistellungsverordnung „AGVO“

Darunter sind Gruppen von Beihilfen zu verstehen, die vom grundsätzlichen Erfordernis einer Genehmigung ausgenommen sind und für die auch Leitlinien über deren (mitunter komplexen) Anwendung erlassen wurden. Für die kommunale Wirtschaftsförderung sind insbesondere Freistellungen in den Bereichen „KMU-Beihilfen“, „Regionalbeihilfen“, „Umweltschutzbeihilfen“, „Ausbildungs- und Beschäftigungsbeihilfen“, „Beihilfen für lokale, Breitband- und Sport-/Freizeitinfrastruktur“, „Kulturbeihilfen“ oder auch „Beihilfen zur Bewältigung von Naturkatastrophen“ relevant. Ein Blick in die AGVO bietet eine erste Orientierung und vielleicht auch für so manche Gemeinde auch ein Ideenpool für zukünftige Projekte.

De-minimis-Verordnung

Geringfügige Transferleistungen sind ebenfalls vom EU-Beihilfenrecht ausgenommen, um insbesondere den Verwaltungsaufwand für die EU und die Mitgliedsstaaten selbst zu minimieren sowie die Flexibilität bei der Förderung von Unternehmen zu erhöhen. Bestimmte Arten von Beihilfen unter einer gewissen Höhe (dem „De-minimis-Schwellenwert“) können dabei in aller Regel ohne die sonst erforderliche Notifikation gewährt werden. Der Schwellenwert liegt derzeit bei 200.000 Euro pro Unternehmen und dreijähriger Beihilfenperiode. Beihilfen an ein Unternehmen, die (innerhalb der Beihilfenperiode zusammengerechnet) diesen Schwellenwert nicht überschreiten, gelten als „De-minimis“ und unterliegen daher für gewöhnlich auch keiner weiteren EU-Kontrolle.
Die Anwendung der auch dafür bereitgestellten Leitlinien kann mitunter komplex sein.

Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse („DAWI“)

Darunter werden Dienstleistungen, die für die Gesellschaft von besonderer Bedeutung sind und die daher in der Regel von öffentlichen Stellen erbracht werden, verstanden. Beispiele solcher Dienstleistungen sind öffentliche Verkehrsmittel, Gesundheitswesen, Abfallentsorgung, Wasserver- und Abwasserentsorgung. Der sogenannte DAWI-Freistellungsbeschluss ist aus Sicht der Gemeinden von großer Bedeutung, da dieser nämlich besagt, dass DAWI-Ausgleichsleistungen beihilfenrechtlich unproblematisch sind, solange die Zahlungen im Durchschnitt pro Jahr nicht höher als 15 Millionen Euro sind (mit zahlreichen Ausnahmen und Sonderregelungen in vielen Bereichen, wie bspw. Verkehr und Verkehrsinfrastruktur, sozialer Wohnbau, die es zu beachten gilt).

> „Beihilfen, die den unternehmerischen Wettbewerb verfälschen oder zu verfälschen drohen, **sind unzulässig.**“

Die verfassungsrechtliche Gleichbehandlung

Auch das Verfassungsrecht ist zu beachten: Die Einhaltung des Gleichheitsgrundsatzes und des daraus abgeleiteten Sachlichkeitsgebots ist dabei von besonderer Bedeutung. Darunter versteht man inhaltliche Schranken, die es verbieten, sachlich nicht begründbare Regelungen zu treffen. Daher grob gesprochen, nicht **Gleiches ungleich, Ungleiches gleic**h zu behandeln. Innerhalb dieser Schranken ist es einer Körperschaft jedoch von Verfassungs wegen durch den Gleichheitsgrundsatz nicht verwehrt, politische Zielvorstellungen auf eine geeignet erscheinende Art zu verfolgen, worunter auch Regionalförderungen zur Erreichung der politischen Zielvorstellungen möglich sind. Ob eine Regelung aber auch zweckmäßig und das Ergebnis auch als befriedigend empfunden werden, ist hingegen nicht Maßstab des Gleichheitsgrundsatzes.
Jedenfalls müssen nach der Rechtsprechung der Zweck der Förderung und die erfolgte Eingrenzung der Berechtigten in den Förderbedingungen dem Sachlichkeitsgebot genügen – daher ist **Gleiches gleich und Ungleiches ungleich** zu behandeln. Widrigenfalls könnte ein an sich nicht berechtigter Förderungswerber einen Anspruch auf die Förderung ableiten, auch dann, wenn die Voraussetzungen für die Gewährung nicht gegeben gewesen wäre. Daher müsste die Gemeinde fördern, obwohl sie es in diesem Umfang nicht wollte.

Gut geprüft ist die halbe Förderung!

Um mehr Klarheit zu bekommen, kommt es darauf an, wie folgende Fragen beantwortet werden:

1. Wird durch eine Beihilfe der Kommune ein Unternehmen finanziell bessergestellt?
2. Erfolgt diese Besserstellung aus dem kommunalen Haushalt?
3. Handelt es sich um einen möglichen überregionalen Sachverhalt?
4. Wurde der Kreis der Förderungsberechtigten eingeschränkt?

Sollte es sich nach einer Beantwortung dieser Fragen tatsächlich um eine kritische Beihilfe handeln, sind die Ausnahmebestimmungen zu prüfen oder eine Notifikation in Betracht zu ziehen sowie allenfalls professionelle Beratung in Anspruch zu nehmen.
Staatliche Beihilfen durch Gemeinden sind ein wichtiger Faktor für die regionale Entwicklung und ein wertvolles Instrument, um die Wirtschaft und den Lebensstandard in der Region zu verbessern. Es ist wichtig, dass die Gemeinden die rechtlichen Rahmenbedingungen bei der Vergabe von Beihilfen einhalten und dass auch die Bürger und Unternehmen über die Möglichkeiten der Förderung informiert werden.

> „Einer Körperschaft ist es von Verfassungs wegen nicht verwehrt, **politische Zielvorstellungen auf eine geeignet erscheinende Art zu verfolgen.**"



RICHARD KOSTAL, LL.M. (WU)
ist Jurist beim NÖ Gemeindebund

Kommunale Ladelösungen für E-Fahrzeuge

EVN

E-Mobilität ist weiterhin stark im Kommen. Mit attraktiven Ladelösungen können Gemeinden ihren Standort aufwerten und ein sichtbares Zeichen für umweltschonende Mobilität setzen. Öffentlich zugängliche Ladestationen für E-Fahrzeuge sind nicht nur ein attraktives Extra für die eigenen Bürgerinnen und Bürger, sie ziehen auch zusätzliche Gäste und Touristen in den Ort. Und wer für die Ladezeit noch interessante Einkaufs- oder Freizeitmöglichkeiten bieten kann, hat die Nase doppelt vorne.

Einfache Umsetzung mit dem EVN Komplettpaket
Mit individuell gestaltbaren Komplettpaketen macht das E-Mobilitätsteam der EVN Niederösterreichs Gemeinden den Einstieg in die E-Mobilität ganz einfach. Hier kommt alles aus einer Hand: von Beratung, Planung und Errichtung über den Betrieb inkl. Wartung bis zur Abrechnung der Ladevorgänge. In Abstimmung mit den Gemeindeverantwortlichen werden geeignete Standorte evaluiert. Synergien zu Einkaufsangeboten, der örtlichen Gastronomie und Sehenswürdigkeiten werden berücksichtigt.

Einbindung in Österreichs größtes Ladenetz
Damit die neue Ladestation von E-Mobilisten leicht gefunden wird, bindet die EVN diese in die kostenlos erhältliche „EVN App Autoladen 2.0" ebenso wie in anderen Ladestationsfindern ein. So wird sie Teil des größten flächendeckenden Ladenetzes Österreichs, das laufend erweitert wird.

Betrieb, Wartung und Störungsdienst
Besonders einfach gestaltet sich der laufende Betrieb für die Gemeinde. Die EVN kümmert sich nicht nur darum, dass die Ladeinfrastruktur problemlos läuft, sondern übernimmt optional auch alle Pflichten und die Verantwortung des Anlagenbetreibers. Auf Wunsch führt die EVN auch die gesamte Abrechnung und Zahlungsabwicklung von Ladungen durch.



Mehr Informationen:
evn.at/home/e-mobilitat-in-der-gemeinde

WIRTSCHAFTSPARKS

Hilfe bei der Errichtung von **Gewerbegebieten**

Die Wirtschaftsagentur ecoplus bietet Gemeinden ein breites Spektrum an Informationen und praktischer Unterstützung – von der Regionalförderung bis zur Entwicklung interkommunaler Wirtschaftsparks, von der Beratung und Information für Tourismusstandorte bis zur Einbindung in die Standortplattform, damit das Angebot von Gewerbeimmobilien auch zu den Interessenten kommt. VON **HELMUT REINDL**

Wenn es um die Errichtung von Betriebsgebieten geht, bietet ecoplus mehrere Kategorien an Unterstützung:

- Das Investorenservice bietet zunächst die klassische **Gemeindeberatung**. „Dabei werden Gemeinden informiert, wie ein Betriebsgebiet geplant und errichtet werden kann“, sagt Peter Wondra, ecoplus-Bereichsleiter Standort & Service. Ein professionelles Flächenmanagement garantiert eine schnelle Auskunft darüber, wo welche Flächen in einer Gemeinde vorhanden sind und ob diese für Betriebsansiedlungen verfügbar sind oder nicht. Da viele Gemeinden nicht die Ressourcen haben, dafür eine eigene Datenbank aufzubauen, bietet der „Standortkompass“ der ecoplus eine kostenlose Plattform, um Gewerbeimmobilien zu inserieren.



© Tschank

In bestehenden Wirtschaftsparks kann die Implementierung grüner Infrastruktur, die Anbindung an öffentliche Verkehrsmittel oder die Nachrüstung eines Betriebsgebietes mit Geh- und Radwegen gefördert werden.

- Nicht jede Gemeinde verfügt über geeignete Standortvoraussetzungen für ein hochwertiges Betriebsgebiet. Aus diesem Grund sind **interkommunale Gewerbegebiete** eine sinnvolle Alternative: Das Gewerbegebiet wird zwar in *einer* Gemeinde errichtet, aber *alle* beteiligten Gemeinden profitieren. ecoplus berät dabei und stellt Know-how zur Verfügung.
  Zusätzlich gibt es die Möglichkeit, dass ecoplus nicht nur berät, sondern auch in der Projektgesellschaft vertreten und finanziell beteiligt ist. Beispiele dafür gibt es etwa in Wolfpassing und Mistelbach, wo es jeweils eine gemeinsame Projektgesellschaft von ecoplus und Gemeindeverband gibt.

- Bei den ecoplus-**Wirtschaftsparks** kauft die Wirtschaftsagentur die Flächen an, kümmert sich um die Errichtung der Infrastruktur und um den Bau und die Vermietung von Objekten sowie um den Verkauf von Betriebsgrundstücken. Errichtet werden Wirtschaftsparks vor allem an den wichtigen Hauptachsen.
  Aktuell betreibt ecoplus 16 Wirtschaftsparks, entweder im Eigentum oder in Beteiligung. 1.112 Firmen mit rund 23.960 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sind derzeit in den Wirtschaftsparks aktiv.
  „Die Standortgemeinde hat große Möglichkeiten bei der Planung mitzugestalten, weil sie die Widmungshoheit hat. Wichtig ist, dass alle Partner an einem Strang ziehen“, sagt Peter Wondra.

Klimafitte Betriebsgebietserneuerung

Eine von Gemeinden derzeit stark nachgefragte Förderschiene hilft, bestehende Betriebsgebiete „klimafit“ zu machen. „Das kann etwa durch Begrünung, durch den Bau von Radwegen oder durch die Schaffung von Ruhe-Inseln geschehen“, bringt Peter Wondra Beispiele. Im Rahmen eines partizipativen Prozesses wird dabei auf die Bedürfnisse der Unternehmen eingegangen. Nicht zuletzt soll damit auch Abwanderung verhindert werden.



© Daniel Hinterramskogler

„Wichtig ist, dass alle Partner **an einem Strang ziehen.**“

Peter Wondra
ecoplus-Bereichsleiter
Standort & Service

ANREIZE



© Talaj - stock.adobe.com

Kaufkraft in den Gemeinden stärken – so geht's

Die Unterstützung der ortsansässigen Betriebe und Unternehmer ist ein wesentliches Ziel der Bürgermeister und ihrer Gemeinden. Als Anreizsysteme dienen hierzu Regionalwährungen, Gutscheinsysteme und immer öfter auch Apps. VON **BERNHARD STEINBÖCK**

„Fahr nicht fort – kauf im Ort" ist eine beliebte Phrase, die seit Jahren von Marketingklubs für ihre Gemeinden in Niederösterreich verwendet wird. Vor allem deshalb, weil der Gang zum Wirten, das obligatorische Grillhendl am Samstag vom Fleischhauer oder der Kauf der Wochenend-Leselektüre in der Buchhandlung die Wirtschaftsleistung in der eigenen Region stärkt und auch Jobs davon abhängen.
Um den Kaufwillen im Ort auch zu stärken gibt es die unterschiedlichsten Methoden, von Regionalwährung über Aktionstage bis hin zu Bonus-Apps. Wir haben uns einige Modelle in Niederösterreich angesehen …

Regionalwährungen – nicht nur der Euro ist im Umlauf

Eine Form der Umsetzung für Gemeinden und Gemeindeverbände bietet die Etablierung einer Regionalwährung. Aus Sicht der Betreibenden zählt vor allem der Schwerpunkt auf die regionale Wirtschaft, aber auch die Stärkung von gemeinnützigen Vereinen und Gemeinwohl-Aktivitäten als auch der Identifizierung mit der Region zu den Vorteilen dieses Komplementärwährungssystems. Der große Unterschied zum Euro liegt in der beschränkten Nutzbarkeit. Die Währung wird zumeist nur in teilnehmenden Geschäften als Zahlungsart akzeptiert. Auch die Option zu sparen, fällt weg. Eigentliches Ziel ist es nämlich, das Geld auch rasch wieder loszuwerden und so die Geldzirkulation anzukurbeln.
Eine solche Währung ist auch der im Jahre 2002 eingeführte „Neulengbacher 10er", der in allen inhabergeführten Betrieben entgegengenommen werden kann. Der Euro-Ersatz ist ein beliebtes Zahlungsmittel der Stadtgemeinde und wird in den Banken der Regionen (im Wert von zehn Euro) angeboten. „Viele Neulengbacher schätzen die Möglichkeit eines attraktiven Geschenks-Jetons, der zu Weihnachten oder zu runden Geburtstagen verteilt wird", verweist Bürgermeister Jürgen Rummel auf das beliebte Zahlungsmittel, das als finanzielles Vorzeigeprojekt aufzeigt, wie Kooperation funktionieren kann.

Bürgerservice-Apps als Bonus-Systeme

Regionalwährungen stellen für Betriebe natürlich Anreize dar, für Konsumenten fehlt genau dieser jedoch, zumal die Bezahlung mittels Münzen oder Papiergeld immer seltener wird. Das Leben wird eben immer digitaler,

somit sprießen auch hierzulande sogenannte „City-Apps“ aus den Böden der App-Stores. Sie sollen vor allem die Kommunikation zwischen Bürgerinnen und Bürgern und ihren Gemeinden stärken. Infos über Events, die Müllabfuhrtermine aber auch virtuelle Kundenkarten für heimische Unternehmen sollen mittels einer einzigen Applikation abrufbar sein. Dabei kommt man derzeit österreichweit vor allem bei einem Anwender nicht vorbei: **GEM2GO**.

Der Marktführer der Bürgerservice-Apps bietet zahlreiche praktische Erinnerungsfunktionen, beispielsweise für Müllabfuhr oder Veranstaltungstermine. Diese nützlichen Informationen sind rasch auffindbar.

Als neues Feature bietet GEM2GO jetzt mit der **Bonuswelt** ein Kundenbindungsprogramm für ein regionales Shopping-Erlebnis an. Die Unternehmen nehmen dabei für eine jährliche Gebühr teil und erstellen Coupons. Bürgerinnen und Bürger sammeln beim Einkauf in den teilnehmenden Unternehmen per Rechnungsscan Punkte, die sie anschließend in die Coupons umtauschen können.

Seit kurzem läuft die Bonuswelt auch in Zwettl. Initiiert wurde das Projekt vom Wirtschafts- und Tourismusmarketing der Stadt. Rund 20 Unternehmen schicken ihren Kundinnen und Kunden bereits Push-Nachrichten, in denen sie über Aktionen informieren.



© WTM Zwettl

Start der GEM2GO-Bonuswelt in Zwettl. WTM-Obmann Stellvertreter Rudolf Stolz, Bürgermeister Franz Mold, WTM-Obmann-Stellvertreterin Monika Prinz, GEM2GO-Gründer Michael Kölbl und Rudolf Hobiger, Geschäftsführer des Bonuswelt-Betriebs Eisen Kastner.

„Die Kunden freuen sich, dass Zwettl mit der Bonuswelt zu einer modernen Einkaufs- und Genussstadt geworden ist. Der gute Branchenmix spricht vor allem auch junges Publikum an, was zu noch mehr Vernetzung geführt hat“, so Monika Prinz, WTM-Obmann-Stellvertreterin und Mitarbeiterin des Tourismus-Büros in der Braustadt.

Baden – Weiterentwicklung der „Bonus Card“

Für frischen Wind im Badener Wirtschaftssektor soll auch die neue App „Baden plus“ sorgen. Anders als bei ähnlichen Kundenbindungsprogrammen ist die Teilnahme – unter anderem dank einer Landesförderung – für Mitglieder des Stadtmarketings kostenlos. Bereits vor einigen Jahren wurde im Kurort die





© Hörmandinger

Jeder Neulengbacher Betrieb mit einem Geschäftskonto kann den Neulengbacher 10er als Zahlungsmittel (Wert der Münze entspricht 10 Euro) entgegennehmen. Im Bild: Michaela Schmitz, Vizebürgermeister Paul Mühlbauer, Martha Gruber, Günther Frank, Bürgermeister Jürgen Rummel, Stadträtin Maria Rigler und Stadtrat Florian Steinwendtner (Stadtrat).

Baden Bonus-Card eingeführt, um den Wirtschaftsstandort zu stärken.
Die neue App, die mit 1. Februar in Betrieb gegangen ist, ist nun einerseits eine technische Weiterentwicklung des bestehenden Bonus-Card-, bzw. Baden Gutschein-Systems und andererseits auch eine bedeutende Erweiterung desselben. Weitere Funktionen wie eine Event-Übersicht, Park-Infos, Immobilien- und Stellenmarktanzeigen und vieles mehr runden das App-Angebot ab.

CITIES – App, die Gemeinden mit ihren Unternehmen und Vereinen verbindet

2018 machten es sich die Gründer eines IT-Dienstleisters (APPMEA GmbH) zum Ziel, eine eigene App für die vollständige Digitalisierung des Gemeindelebens zu entwickeln. Bereits ein Jahr später starteten sie mit der CITIES-App in Fürstenfeld.
Mittlerweile sind zahlreiche Gemeinden österreichweit – aber vor allem auch aus Niederösterreich (wie etwa Tulln, Stockerau, Melk, Mistelbach oder Wolkersdorf) auf den digitalen Zug aufgesprungen.
Neben den bereits genannten Vorteilen und Bonussystemen bietet die Applikation neben Betrieben vor allem Vereinen und Privatpersonen eine (inter)aktive Nutzungsmöglichkeit. Nach Vorbild sozialer Netzwerke ist das System nicht statisch aufgebaut, sondern es können viele verschiedene Akteure den Content für die CITIES-App liefern. Damit erhalten Nutzerinnen und Nutzer nicht nur interessante Benachrichtigungen ihres Tennisvereins, sie können auch persönliche Anliegen direkt an ihre Gemeinde richten.
Amazon und andere Online-Riesen scheinen zwar weiterhin auf dem Vormarsch. Mit den richtigen Hebeln und Ansätzen können unsere Gemeinden ihren heimischen Betrieben jedoch das Werkzeug in die Hand legen, den Abfluss des Geldes aus der Region zu stoppen und attraktive Alternativen aufzuzeigen.



#ICHKAUFLOKAL

Auch Aktionen machen in Niederösterreich auf lokale Unternehmen aufmerksam. Mit dem Leitspruch „Der ‚Black Friday' ist in Niederösterreich blau-gelb!" fand im Rahmen der WKNÖ-Lokalkampagne #ichkauflokal vergangen November ein solcher Aktionstag statt.

Damit sollte aufmerksam gemacht werden, wie wichtig die Unterstützung heimischer Betriebe ist. An besagtem Freitag hatten Kundinnen und Kunden die Chance, den Rechnungsbetrag zurückzuerlangen. Knapp 1.900 Partnerbetriebe aus den verschiedensten Branchen Niederösterreichs unterstützen bereits die Kampagne, die auch 2023 wieder anlaufen soll.



Eine Online-Landkarte unter **www.ich-kauf-lokal.at** bietet einen Überblick über die Partnerbetriebe.

NAFES

Nachhaltige Förderung der Orts- und Stadtzentren

Die NAFES unterstützt Gemeinden bei Projekten zur Stärkung des Handels. VON **ALEXANDRA SCHLICHTING**

Die Niederösterreichische Arbeitsgemeinschaft zur Förderung des Einkaufs in Orts- und Stadtzentren (NAFES) wurde vor 25 Jahren als Kooperation des Landes Niederösterreich und der Wirtschaftskammer NÖ ins Leben gerufen und unterstützt mit einem jährlichen Budget von bis zu 1,2 Mio. Euro die Gemeinden, Stadtmarketinggesellschaften und Wirtschaftsvereinigungen bei deren Projekten bzw. Aktivitäten zur Stärkung des Einkaufs im jeweiligen Orts- und Stadtzentrum in drei konkreten Förderschwerpunkten:

- **Marketingmaßnahmen zur Stärkung des Einkaufs** etwa durch Kooperationen der Betriebe, Maßnahmen zur Professionalisierung von Werbegemeinschaften oder Beratungsleistungen und Schulungen von UnternehmerInnen bzw. Wirtschaftstreibenden. In diese Förderkategorie fallen beispielsweise diverse Events oder Stadtmarketing-Apps, wie die neue CityApp, die seit letztem Jahr Unternehmern wie Kundinnen und Kunden den Weinviertler Einkaufsstädten **Korneuburg, Stockerau, Mistelbach, Wolkersdorf, Poysdorf** und **Laa/Thaya** unterstützt.
  Weiters wurde in **Melk** der Aufbau eines professionellen Stadtmarketings unterstützt, während **Tulln, St. Pölten** und **Krems** auf neue Werbe- und Imagekampagnen für eine Stärkung der Innenstadt setzen.

- **Infrastrukturelle Maßnahmen, die eine innerörtliche Handelsstruktur für mobile Konsumentinnen und Konsumenten attraktiver machen.** Gefördert werden neben der Errichtung von Wochenmärkten, Parkplätzen, Radabstellplätzen oder Verkehrsleitsystemen auch kombinierte Maßnahmen zur Verbesserung der Standortqualität eines Orts- oder Stadtteils – etwa Leerflächenprojekte, gestalterische Maßnahmen zur Attraktivierung oder barrierefreien Ausstattung, aber auch Kooperationsprojekte der Gemeinde mit Immobilieneigentümern (Private-Public-Partnerschaftsmodelle). So wurde etwa in einem leerstehenden Geschäftslokal im Herzen von **Wolkersdorf** das neue Einkaufs- und Kommunikationszentrum EMMA eingerichtet, das zehn Pop-up-Stores mit engagierten Unternehmern Platz bietet.



© Stadtgemeinde Wolkersdorf

Das Einkaufs- und Kommunikationszentrum EMMA in Wolkersdorf bietet Platz für zehn Pop-up-Stores.

- **Nahversorgungsprojekte (Erhalt des letzten Nahversorgers) zur nachhaltigen Sicherung der Nahversorgung mit Gütern des täglichen Bedarfs.** Gefördert werden investive Maßnahmen der Gemeinde in den letzten Lebensmittelvollsortimenter, wobei die von der Gemeinde unterstützte Betriebsstätte max. 500 m² Verkaufsfläche umfassen und von einem selbständigen Betreiber mit maximal zehn Standorten betrieben werden darf.
  So eröffnete beispielsweise im Sommer 2022 ein neues Lebensmittelgeschäft in **Drösing**, das mit seiner Kaffeeecke auch für rege Kommunikation unter der Kundschaft sorgt.

In der laufenden NAFES-Förderperiode 2021-2023 konnten mittlerweile 96 Projekte mit einem Investitionsvolumen von fast 5 Mio. Euro bei einer Förderhöhe von 1,3 Mio. Euro unterstützt werden.

Info

Wirtschaftskammer Niederösterreich, Geschäftsstelle NAFES
Mag. Wolfang Fuchs
Tel.: 02742/851-18310

Amt der NÖ Landesregierung, Abt. Raumordnung und Gesamtverkehrsangelegenheiten
DI Alexandra Schlichting, MA
Tel.: 02742/9005-14902

www.nafes.at

STADTENTWICKLUNG

Wie Waidhofen/Ybbs den **Handel belebt** hat

Waidhofen an der Ybbs ist wie viele andere Städte vom Strukturwandel im Handel und im Gewerbe stark betroffen. 2003/2004 standen in der Innenstadt rund 2.500 m² Handels- und Dienstleistungsflächen leer, rund ein Viertel der Innenstadtgeschäfte war geschlossen. Um dieser Entwicklung Einhalt zu bieten, wurde das Projekt „Zentrumsentwicklung in Waidhofen/Ybbs" beschlossen. VON **HELMUT REINDL**



© STADT WAIDHOFEN/YBBS

„Die Innenstadt als Einkaufszentrum" ist der Slogan des Projekts, welches seit 2005 permanent betrieben wird. Dies sichert die Nahversorgung der Bürgerinnen und Bürger und verringert Anfahrtswege. Neben dem öffentlichen Verkehr wird auch das Fuß- und Radwegenetz ausgebaut.
Zu Beginn des Projekts wurde mit Johann Stixenberger ein Innenstadtkoordinator bestellt, der als Bindeglied zwischen der Stadt, der Wirtschaft, den Hauseigentümern sowie den Tourismus- und Freizeitangeboten fungieren sollte.

Folgende Maßnahmen wurden für die Innenstadt gesetzt:

- Ausweis der „Zentrumszone", um sicherzustellen, dass sich kein Einkaufszentrum am Stadtrand ansiedelt
- Leerflächenmanagement und Branchenansiedelung
- Laufende Ansiedelungspolitik, vor allem im Dienstleistungs- und Gesundheitsbereich
- Schaffung bzw. Sanierung zeitgemäßer Wohnungsflächen in der Innenstadt
- Erhaltung der Nahversorger in der Innenstadt
- Qualifizierung der Gastronomie- und Handelsbetriebe
- Erhaltung und weiterer Ausbau der Wochenmärkte
- Attraktive Innenstadtgestaltung mit hoher Aufenthaltsqualität
- Die Innenstadt ist de facto eine Begegnungszone
- Einrichtung des Stadtbaubeirates mit beratender Funktion für Bauwerber im Innenstadtbereich, speziell bei Denkmalgeschützten Bauwerken
- Koordinierung von gewerbe-, bau-, verkehrs- und denkmalschutzrechtlichen Verfahren bei der Realisierung von Bauvorhaben im Innenstadtbereich
- Leit- und Infosystem für Parkraumbewirtschaftung
- Verbesserung des Geh- und Radwegesystems von und zur Innenstadt
- Entwicklung des Hauptbahnhofes zum Mobilitätsknoten für die Region

Maßnahmen für Problemzone

Die Maßnahmen waren erfolgreich. Trotzdem steht die Stadt immer noch vor enormen Herausforderungen. Die Bevölkerungszahl ist in den vergangenen zehn Jahren um etwa zwei Prozent gesunken, insbesondere in der Innenstadt fehlen die Bewohner und damit potenzielle Kunden der Geschäfte. Dazu gibt es mit der Fußgängerzone am Hohen Markt eine Problemzone, die von vielen Leerständen und hoher Fluktuation bei den Geschäften gekennzeichnet ist.
„Am Hohen Markt wird der klassische Handel nicht mehr zurückkommen, daher sind alternative Nutzungen geplant", sagt Innenstadtkoordinator Stixenberger. Der Hohe Markt eigne sich gut als Wohnzone, gerade mit der Fußgängerzone seien hier ideale Voraussetzungen für Familien vorhanden. Daher sei es wichtig, eine neue Aufenthaltsqualität wie Sitz- und Kommunikationsbereiche zu generieren.
Eine weitere Nutzung ist auch generationsübergreifendes Wohnen: die Jungen wohnen im Erdgeschoß und helfen den Älteren, die barrierefrei in den Obergeschoßen wohnen. Kinder können den gesamten Hohen Markt als Spiel- und Kommunikationsfläche nutzen.
Weitere Ansiedelung von Dienstleistungsunternehmen sind zur Frequenzsteigerung notwendig.

Förderungen für die Betriebe der Innenstadt

- Zinszuschüsse bei Investitionen in die Modernisierung von Geschäfts- und Betriebsräumen
- Mietzuschuss für Ansiedelungen
- Fassadensonderförderung
- Investitionsförderung für Gastronomiebetriebe in der Innenstadt
- „Gründung findet Stadt", speziell für Neugründer
- Erlass der Stellplatzausgleichsabgabe (NÖ Bauordnung)
- Förderung von Nutzungs- und Planungskonzepten für Hausbesitzer



Neue Sitz- und Kommunikationsbereiche wurden geschaffen, Wochenmärkte konnten erhalten und ausgebaut werden.

Gesamtvermarktung der Angebote

Ziel ist die Gesamtvermarktung der Angebote der Stadt sowie des Tourismus- und Wirtschaftsstandortes. „Im Wettbewerb der Standorte zählt auch das Profil einer Stadt, daher wird die Positionierung von Waidhofen immer wichtiger. In Zukunft wird es wesentlich sein zu definieren, was die Stadt an Besonderheiten zu bieten hat“, meint Innenstadtkoordinator Stixenberger. Neben den weichen Faktoren, die Waidhofen interessant machen, gebe es, so Stixenberger, auch eine Reihe harter Faktoren, die durch zwei Fragen herausgearbeitet werden können:

- Wo liegen die Kompetenz und Stärke der Betriebe?
- Welche Unterstützungen und Rahmenbedingungen finden Investoren in der Stadt vor?

„In Waidhofen gibt es attraktive Liegenschaften sowie einen wunderschönen Stadtkern, moderne Infrastruktur mit Breitbandanbindung, ein Gründerzentrum, gute Schulen, ein neues Krankenhaus und eine Reihe von innovativen, international agierenden Großbetrieben“, beantwortet Stixenberger die Fragen.

Und: „Am Rand der internationalen Verkehrsadern – Westautobahn, Westbahn und Donau –, mit einem guten Anschluss an das internationale Bahnnetz über Amstetten, liegt Waidhofen an der Übergangszone zu einem der schönsten Erholungsgebiete von Europa.“

Diese Rahmenbedingungen gewährleisten nicht nur Lebensqualität, sondern sollten auch für Unternehmen Motivation genug sein, um sich in der Stadt anzusiedeln.



„In Zukunft wird es wesentlich sein zu **definieren, was die Stadt an Besonderheiten zu bieten hat.**“

Johann Stixenberger
Innenstadtkoordinator in Waidhofen/Ybbs

KREISLAUFWIRTSCHAFT

Lokal und nachhaltig wirtschaften



In einer Kreislaufwirtschaft werden Materialien und Produkte so oft wie möglich geteilt, wiederverwendet, repariert oder recycelt. Von einer Kreislaufwirtschaft verspricht man sich nicht nur eine Entlastung der Umwelt, sondern auch wirtschaftliche Vorteile: In dem Maß, in dem es gelingt, wertvolle Rohstoffe im Kreislauf zu halten, sinkt die Abhängigkeit von teuren und schwankenden Rohstoffimporten. Neue Geschäftsmodelle, Produkte, Dienstleistungen und damit auch Arbeitsplätze können entstehen. VON **HELMUT REINDL**

Gemeinden können bei der Umsetzung einer effizienten Kreislaufwirtschaft eine wichtige Rolle übernehmen, weil:

- sie **zentrale Knotenpunkte des Ressourcen- und Energieverbrauchs** sind. Etwa bei der Entstehung von Treibhausgasemissionen oder bei der Produktion und Entsorgung von Abfällen.
- sie viele **Einfluss- und Steuerungsmöglichkeiten** zur Optimierung von Stoffkreisläufen haben,
- sie eine **große Nähe zu Bürgerinnen und Bürgern** sowie Unternehmen haben und diese rasch ansprechen können und
- weil sie auf **bestehende Organisationsstrukturen und Infrastrukturen** zurückgreifen können.

Die Rollen der Gemeinden

Zudem gibt es auf kommunaler Ebene sowohl Anbieter wie Abnehmer von spezifischen Ressourcen. Die Nähe zu den Akteuren bedingt auch, dass Potenziale für Stoffkreisschließungen gut abgeschätzt werden können. Gemeinden nehmen dabei unterschiedliche Rollen ein:

- **Koordinatorin:** Die Gemeinde ist jene Gebietskörperschaft mit der größten Nähe zu Bürgerinnen und Bürgern sowie zu Unternehmen, und sie ist Ansprechpartnerin für deren Fragen zur Ressourcenwende. Die Gemeinde kann so den Austausch zwischen engagierten Bürgerinnen und Bürgern sowie Unternehmen und anderen Institutionen anregen, deren Aktivitäten bündeln und organisieren.
- **Vermittlerin für Bewusstsein:** Durch Hervorheben von lokalen Projekten und Ideen zur Kreislaufwirtschaft trägt die Gemeinde zur Bewusstseinsbildung in Gesellschaft und Wirtschaft bei.
- **Initiatorin:** Die Gemeinde kann in ihrem eigenen Wirkungsbereich selbst aktiv werden. In unterschiedlichen Handlungsfeldern können die Gemeinde, ihre Institutionen und Betriebe Maßnahmen setzen.
- **Vorbild:** Setzt die Gemeinde selbst Maßnahmen im eigenen Wirkungsbereich, so ist sie Vorbild für ihre Bürgerinnen und Bürger und kann so indirekt auf den Umgang mit Ressourcen im privaten Umfeld Einfluss nehmen.

In der Praxis sind aber viele Gemeinden, im Besonderen kleinere, von der Vielzahl an möglichen Handlungsfeldern überfordert bzw. fehlt vielen Kommunen das Wissen, um zu erkennen, in welchem Themenfeld (im Bereich der nachhaltigen Nutzung ihrer natürlichen Ressourcen) sie Nachholbedarf haben.

Vorteile kommunaler Kreislaufwirtschaft

Welche Vorteile haben Gemeinden und Regionen durch ihre Aktivitäten für eine effiziente Kreislaufwirtschaft?

- **Aktiver Umwelt- und Klimaschutz:** Sie können ihren Ressourcenverbrauch, den Ressour-

> „In der Praxis sind viele Gemeinden, im Besonderen kleinere, **von der Vielzahl an möglichen Handlungsfeldern überfordert.**"



cenverbrauch ihrer Bürgerinnen und Bürger sowie der Unternehmen reduzieren und so konkret die Knappheit von Ressourcen minimieren und aktiv zum globalen Umwelt- und Klimaschutz beitragen. Sie helfen dadurch bei der Lösung eines globalen Problems.

- **Wertschöpfung und Arbeitsplätze:** Zunehmend tritt neben den Umweltschutz das Argument lokaler Wertschöpfung samt Arbeitsplätzen und Standortattraktivität. Die geringere Abhängigkeit von Importen und das stärkere Setzen auf regionale Rohstoffe stärkt die regionale Wertschöpfung. Dienstleistungen rund um Wiederverwenden, Reparieren und Aufbereiten stützen den regionalen Arbeitsmarkt.
- **Vorreiterrolle bringt positives Image:** Für engagierte Gemeinden bietet sich die Möglichkeit, eine Vorreiterrolle zu übernehmen. Dies kann Image und Wahrnehmung der Gemeinde über die eigene Region hinaus verbessern.
- **Lebensqualität und geschützte Umwelt:** Durch Ansätze und Aktivitäten zur Unterstützung einer lokalen Kreislaufwirtschaft reduzieren die Gemeinden und Regionen Abfälle und sonstige Umwelteinwirkungen, damit verringern sie das Umweltgefährdungspotenzial und erhöhen die Lebensqualität für ihre Bürgerinnen und Bürger.

Als strategische Weiterentwicklung der Gemeinden ist eine Ausrichtung hin zu einer Kreislaufwirtschaft deshalb wichtig.

WAS ZU TUN IST

Welche Schritte können Gemeinden setzen, um das Ziel einer effizienten Kreislaufwirtschaft zu erreichen?

- **Bewusstsein schaffen durch Information:** Was Ressourceneffizienz und Kreislaufwirtschaft bedeuten und welche Potenziale sich dadurch bieten, muss in der Gemeinde, unter Bürgerinnen und Bürgern sowie Betrieben bekannt gemacht werden.
- **Status quo analysieren:** Um sich ein Ziel zu setzen, braucht es Kenntnis über den Status quo. Deshalb muss ein erster Schritt auf dem Weg zur kommunalen Kreislaufwirtschaft die Bestandsaufnahme in den relevanten Handlungsfeldern sein. Die Gemeinde muss die für sie relevanten Themen identifizieren und definieren, welche Kriterien für sie wichtig für die Auswahl (Umweltgefährdung, Mengen, Knappheit, Wertschöpfung etc.) sind.
- **Ziele definieren:** Die Gemeinde muss sich in einem demokratischen Prozess spezifische Ziele zur Reduktion des Ressourcenverbrauchs setzen.
- **Vorangehen:** Die Gemeinde geht in den ressourcenrelevanten Handlungsfeldern als Vorbild und Impulsgeber voraus. Sofern möglich, wird ein eigener Koordinator als zentrale Schnittstelle entweder allein oder von mehreren Gemeinden für die Region etabliert.
- **Netzwerk(e) bilden:** Alle Akteure in der Gemeinde, die sich für das Thema Kreislaufwirtschaft einsetzen, werden vernetzt und unterstützen beim Aufbau einer Plattform.
- **Unterstützen:** Pilotprojekte der regionalen Wirtschaft sowie von Bürgerinnen und Bürgern werden von der Gemeinde gefördert.
- **Kooperation suchen:** Da viele Stoffkreisläufe nur in gemeindeübergreifender Zusammenarbeit bearbeitet werden können, suchen die Gemeinden die Kooperation in Verbänden, Vereinen und bestehenden Strukturen und tauschen sich zu Erfahrungen und Initiativen aus – auch grenzüberschreitend.

LANDTAGSWAHL

Aus der Landtagswahl lernen - in 2 Jahren ist Gemeinderatswahl

„NACH der Wahl ist VOR der Wahl" wissen wir alle. Und während im Land noch verhandelt wird schauen wir schon auf die Gemeinderatswahl 2025. Aus der Landtagswahl müssen wir dafür die richtigen Schlüsse ziehen! VON **JOHANNES PRESSL**

Zunächst aber noch DANKE an unsere VP-Bürgermeister/innen und Gemeinderäte. DANKE, dass ihr die Wahl so perfekt abgewickelt habt. Da hat auch das Hauptwohnsitzerwahlrecht zur Klarheit beigetragen. DANKE auch, dass ihr so viele für die Wahlkommissionen gewinnen konntet! Und DANKE noch viel mehr, dass ihr Euch persönlich in diese Wahlbewegung eingebracht habt – mit enormer Energie, mit Enthusiasmus und mit Überzeugungskraft.
Wir wussten schon länger, dass die hohen Wahlergebnisse aus 2018 nicht erreichbar sein würden. Wir ahnten, dass zusätzlich die Jahre der Pandemie bei vielen sehr persönliche Spuren hinterlassen haben und es war absehbar, dass die darauffolgenden „multiplen" Krisen bei den Menschen einen generellen Vertrauensverlust in die Politik ausgelöst haben. Wie auch immer: Jetzt ist das WAHLERGEBNIS anzunehmen. Die URSACHEN für den Cocktail des Verlustes sind genau zu analysieren, um daraus die richtigen Schlüsse zu ziehen.
Es ist wohl eine „Mixtur" an Einflüssen, die am Ende den Wählerstimmenverlust ausgemacht hat. Trotz bester Arbeit unserer VP-Landesregierung und unserer Landeshauptfrau. Drei Ursachenebenen orte ich, Ursachen, die teils ausserhalb unseres Handlungsrahmens in Niederösterreich liegen und die wohl auch noch bis zur Gemeinderatswahl 2025 erhalten bleiben werden:

- **Die weltpolitischen und überregionalen Krisen**, wie Klimawandel, Migrationsdruck, Krieg, Blackout, Energie- und Rohstoffmangel, Inflation und letztlich die Teuerung. Sie alle zusammen haben bei den Menschen Gefühle der Angst und des Wohlstandsverlustes ausgelöst. Mit großzügigen „blau-gelben" und auch „rot-weiss-roten" Hilfspaketen wurde darauf reagiert. Aber letztlich sind die diffusen Sorgen der Menschen geblieben. Und der politische Mitbewerb hat das genutzt und all diese Ängste noch medial und ganz besonders auch auf „(un)sozialen Medien" befeuert.
- **Die parlamentarischen Untersuchungsausschüsse, Chatprotokolle** und so manche „Unkultur" in der Polit-medialen Auseinandersetzung haben die „Marke Politik" generell und ganz besonders die „Marke ÖVP" in den letzten Jahren bundesweit nachhaltig beschädigt. Mit dem MITEINANDER in Niederösterreich und einer rundum sauberen Politik hat man sich davon jahrelang „abgehoben". Im Wahlfinale haben dann Vorwürfe gegen den Landesdirektor im ORF NÖ dem „Mitbewerb" Munition geliefert. Und die „Selbstbetroffenheit des ORF" hat den Nymbus des „Mauschelns" und der „Verhaberung" dann auch in Niederösterreich groß ausgebreitet.
- Schließlich **ist die Pandemie noch nicht aufgearbeitet** und trotz exzellenter Wirtschaftsdaten, niedriger Insolvenzzahlen, geringster Arbeitslosigkeit, … usw., haben sich viele einmal „Luft gemacht". „Wut und Aggression" auf diejenigen, die ihrer Meinung nach für viele persönliche Problemstellungen als Folge der Pandemie, des Impfmanagements und der Lockdowns für Ungeimpfte verant-

> **„Es ist wohl eine „Mixtur" an Einflüssen,** die am Ende den Wählerstimmenverlust ausgemacht hat.



© VPNÖ

In einem Zoom-Meetin analysierten NÖ Gemeindebund-Präsident Johannes Pressl und VPNÖ-Landesgeschäftsführer Bernhard Ebner die Wahl.

wortlich waren, haben sich letztlich auf „Denkzetteln“ in der Wahlurne abgebildet.

Vertrauen zurückgewinnen und erhalten

- **Die „Unzufriedenen“, die „mit Sorge erfüllten“ und diejenigen, deren Vertrauen in die etablierte Politik erschüttert ist, haben sich artikuliert.** Vor allem das Ausmaß der FPÖ-Gewinne zeigt deren Potential. Aber nicht alle richten sich vorerst dezidiert gegen die Gemeindepolitik. Insofern ist jetzt ein noch intensiveres persönliches Zugehen auf diese Wählergruppen, ein Verstehen ihrer Haltungen und ein bewusstes Aufnehmen ihrer Sorgen besonders wichtig, um ihr VERTRAUEN dann 2025 wieder für uns zu gewinnen.
- **Die Gemeindeebene ist – zumindest in den mittleren und kleineren Strukturen – noch leichter erklärbar.** Trotzdem können auch wir nicht alle Menschen persönlich erreichen und die sozialen Medien lassen leider auch Darstellungen zu, die nicht immer der Realität entsprechen und immer öfter auch „vernadern“. Insofern müssen auch wir die digitalen Medien zur aktiven Bürgerbeteiligung und zur Darstellung der Realität nutzen. Und das halt in einer Form, die jede Bürgermeisterin bzw. jeder Bürgermeister an seine und ihre Möglichkeiten anpasst.
- **Wir haben in den Gemeinden ein Gesicht** und wir sind in guten, wie in schlechten Zeiten bei den Menschen und auch die Menschen „spüren“ das. Der politische Mitbewerb dagegen ist vielerorts „anonym“. Jetzt wissen wir schon, dass ein fehlendes Gesicht kein Grund ist, eine Partei nicht zu wählen. Aber wir wissen auch, dass Persönlichkeiten, die eine Gemeinde gut und sicher führen, mehr denn je gewählt werden. Insofern ist es jetzt wichtig auch schon wieder jene Personen für unsere Teams zu gewinnen, die für die Menschen arbeiten möchten.
- **Unser Handeln ist für die Bürgerinnen und Bürger tagtäglich überprüfbar.** Die Erwartungen, die die Bürgerinnen und Bürger an uns haben sind realistisch, unsere Haltung und unser Verhalten authentisch. Das schafft Vertrauen, und Vertrauen ist die Basis für Zutrauen – nämlich, dass sie uns auch nach 2025 die Führung unserer Gemeinden wieder anvertrauen. Insofern müssen wir konsequent und mit Offenheit und Wertschätzung an diesem Vertrauen zu unseren Wählerinnen und Wählern weiterbauen.

Freude an der Arbeit für die Menschen ausstrahlen

Am Ende motiviert uns alle zusammen tagtäglich die Freude, für die Menschen in unserer Gemeinde zu arbeiten. Oft bekommen wir dafür auch Lob oder wissen instinktiv: „Das hat jetzt gepasst …“. Und eine Niederlage – selbst wenn wir sie nach diesem hohen Einsatz bei der Landtagswahl auch sehr persönlich empfinden – wird uns dabei nicht aus dem Tritt bringen. Ich bin sicher, wenn wir mit Freude für die Menschen weiterarbeiten, dann springt der Funke der Begeisterung, unser Enthusiasmus und das wofür unsere politische Arbeit steht auch auf andere über. Und dann wird es auch wieder eine erfolgreiche Gemeinderatswahl 2025!

Wahlkalender

Diese WAHLEN finden in jedem Fall noch bis zur Gemeinderatswahl 2025 statt:

Landtagswahl Kärnten: 5.3.2023

Landtagswahl Salzburg: 23.4.2023

Gemeinderatswahlen Salzburg: 2024

Arbeiterkammerwahlen

EU-Wahl: 2024

Nationalratswahl: 2024

Landtagswahl Vorarlberg: 2024

Landtagswahl Steiermark: 2024

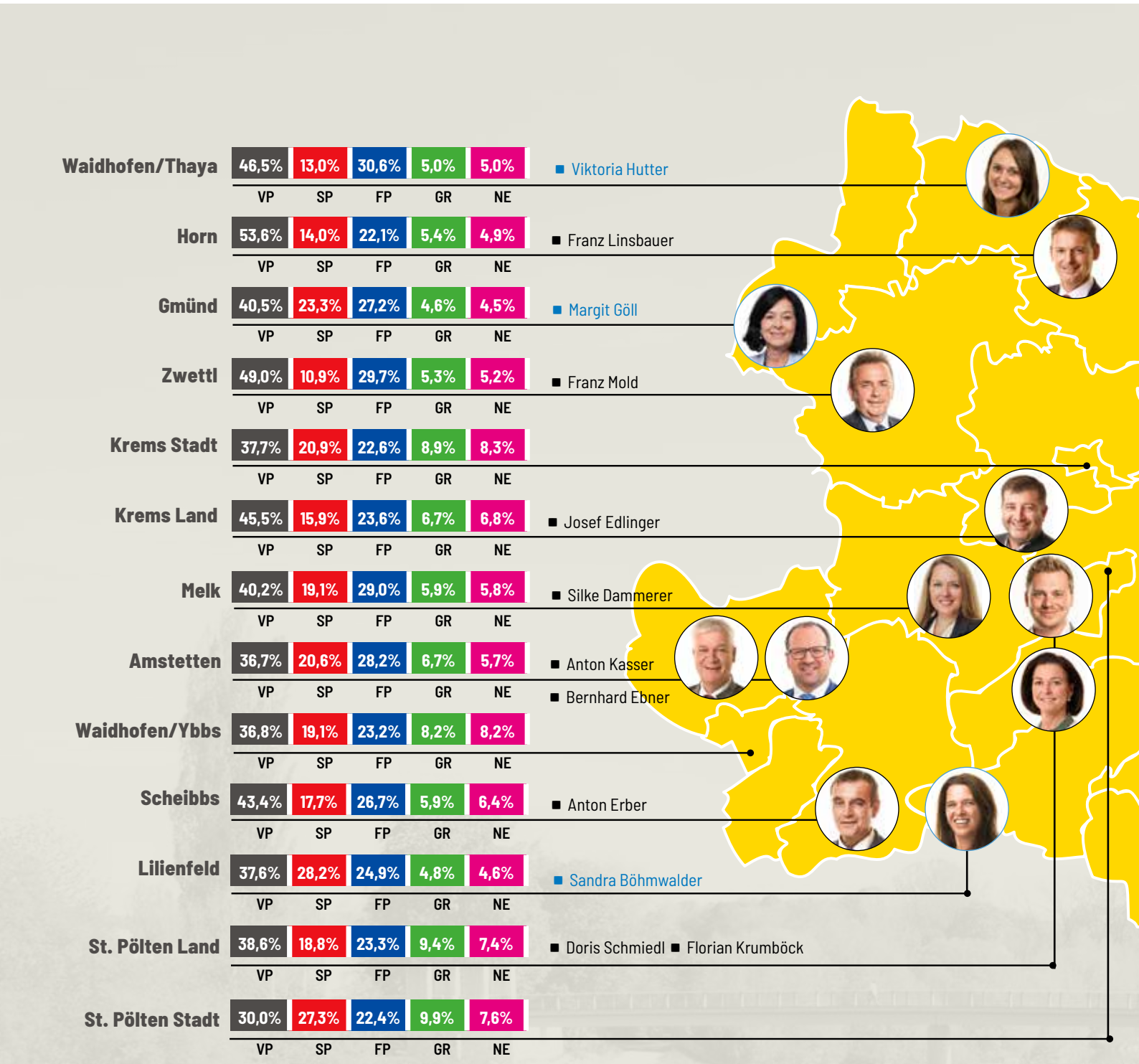
Landtagswahl Burgenland: 2025



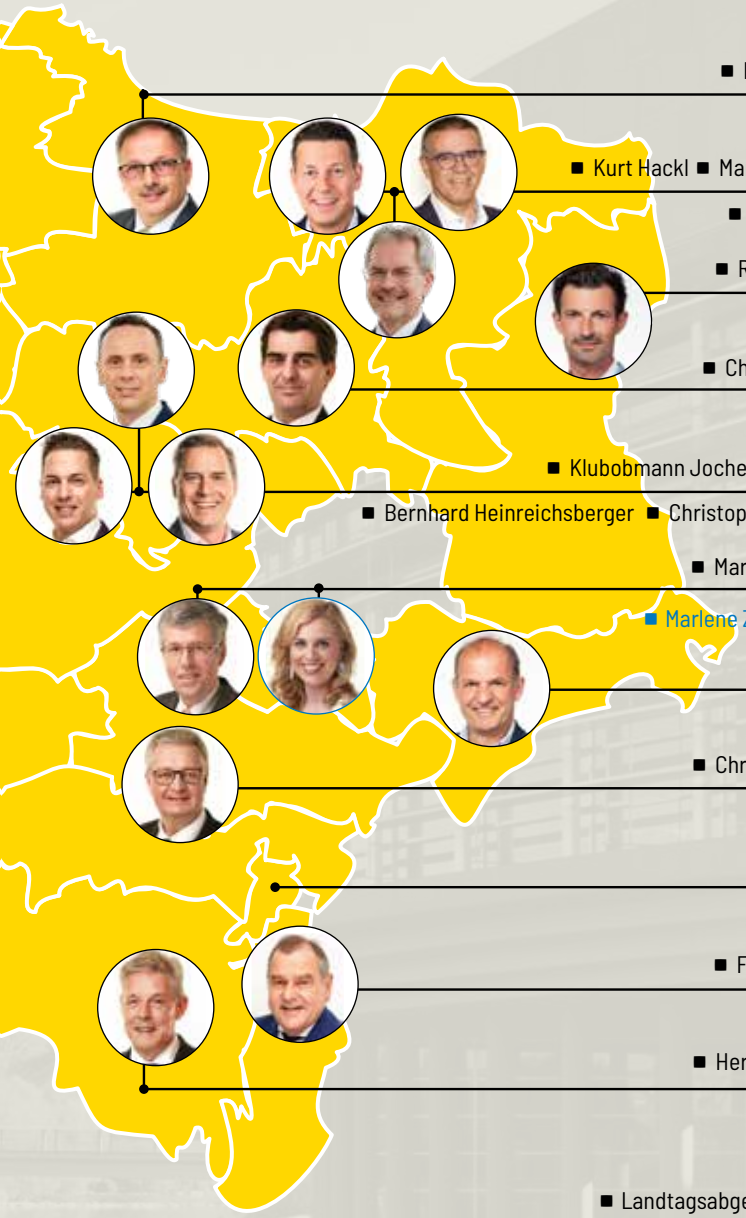
DIPL.ING. JOHANNES PRESSL
Präsident des NÖ Gemeindebundes und Bürgermeister von Ardagger

LANDTAGSWAHL

Bezirkswahlergebnisse, **Landta**



gsabgeordnete, Bundesräte



		VP	SP	FP	GR	NE
■ Richard Hogl	Hollabrunn	48,3%	17,4%	22,1%	7,0%	5,1%
■ Kurt Hackl ■ Manfred Schulz ■ Karl Wilfing	Mistelbach	48,1%	17,1%	22,3%	6,8%	5,8%
■ Rene Loibner	Gänserndorf	39,5%	24,9%	25,0%	5,4%	5,2%
■ Christian Gepp	Korneuburg	42,5%	18,7%	20,0%	10,3%	8,6%
■ Klubobmann Jochen Danninger ■ Bernhard Heinreichsberger ■ Christoph Kaufmann	Tulln	42,7%	17,0%	19,7%	10,6%	8,8%
■ Martin Schuster ■ Marlene Zeidler-Beck	Mödling	38,2%	20,4%	15,8%	13,4%	11,1%
■ Otto Auer	Bruck/Leitha	36,8%	26,4%	00,0%	00,0%	00,0%
■ Christoph Keinz	Baden	32,8%	28,0%	23%	7,9%	7,1%
	Wr. Neustadt Stadt	31,4%	23,2%	28,2%	8,3%	7,4%
■ Franz Dinhobl	Wr. Neustadt Land	39,0%	20,2%	29,3%	5,2%	5,3%
■ Hermann Hauer	Neunkirchen	35,9%	24,6%	28,9%	5,2%	5,5%

■ Landtagsabgeordneter
■ Bundesrat

Das letzte zu vergebende Mandat wurde zum Zeitpunkt des Drucks noch nicht bekanntgegeben.

NACH DER WAHL

VPNÖ-Spitzenteam für die kommenden fünf Jahre steht fest

Landeshauptfrau Johanna Mikl-Leitner will Gräben, die im Wahlkampf aufgerissen wurden, wieder schließen.



© VPNÖ

> „Mir persönlich war wichtig, dass wir diese Beschlüsse rasch fassen. Damit haben wir bereits in der Woche nach der Wahl die inhaltliche **Arbeit für unser Niederösterreich wieder aufgenommen**."
>
> **Johanna Mikl-Leitner**
> Landeshauptfrau

„Wir haben am 29. Jänner einen schmerzlichen Tag erlebt. Die Protestwelle, die über ganz Europa zieht, hat auch vor unseren Landesgrenzen nicht Halt gemacht", so Landeshauptfrau Johanna Mikl-Leitner. Der Wahlkampf war überlagert von Bundesthemen und den Folgen internationaler Krisen.

Wie man es von der VPNÖ gewohnt ist, haben wir noch am Wahlabend mit der Analyse begonnen. „Nun gilt es die Gräben, die im Wahlkampf von anderen aufgerissen wurden, wieder zuzuschütten und den Weg des Miteinander weiterzugehen, so wie wir das bereits die vergangenen fünf Jahre sehr erfolgreich getan haben. Denn das ist es auch, was sich die Menschen in unserem Land von der Politik erwarten."

Die Landeshauptfrau betont weiters: „Deshalb haben wir rasch und reibungslos geklärt, wie das Team der kommenden fünf Jahre aussehen wird: Stephan Pernkopf wird weiterhin mein Stellvertreter bleiben, ebenfalls werden Christiane Teschl-Hofmeister und Ludwig Schleritzko als Landesräte für Niederösterreich weiterarbeiten. Jochen Danninger wird als neuer Klubobmann auch die Aufgabe des Regierungskoordinators übernehmen. Landesgeschäftsführer Bernhard Ebner wird in dieser neuen herausfordernden Zeit die Parteiarbeit gut, verlässlich und strategisch am Punkt weiterführen. Karl Wilfing bleibt Landtagspräsident, er wird zurecht über alle Parteigrenzen hinweg respektiert und wertgeschätzt."
So wie die Spitzenfunktionen wurden auch die Landeslisten- und Bundesratsmandate einstimmig vergeben. Dies sei keine Selbstverständlichkeit, betont Landesgeschäftsführer Bernhard Ebner und bedankt sich bei allen Vertreterinnen und Vertretern des Landesparteivorstandes.

Im Bild: Landesgeschäftsführer Bernhard Ebner, Landesrat Ludwig Schleritzko, LH-Stv. Stephan Pernkopf, Landeshauptfrau Johanna Mikl-Leitner, Landesrätin Christiane Teschl-Hofmeister, Landtagspräsident Karl Wilfing und Klubobmann Jochen Danninger.

ENTGELTLICHE EINSCHALTUNG DER VOLKSPARTEI NIEDERÖSTERREICH

NEUJAHRSEMPFANG

Dank an die Mandatare für ihre Arbeit

Beim traditionellen Neujahrsempfang des NÖ Gemeindebundes äußerte sich Präsident Johannes Pressl vor 300 Gemeindevertreterinnen und -vertretern sowie Gästen aus Politik, Wirtschaft und befreundeten Organisationen im Landhaus zu den kommunalpolitischen Herausforderungen des kommenden Jahres.

Präsident Pressl war es ein Anliegen, sich für die Leistungen der Bürgermeisterinnen und Bürgermeister in den vergangenen zwei schwierigen Jahren zu bedanken: „Das hohe Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger, das uns Umfragen auch immer wieder bestätigen, ist der beste Beweis für euer exzellentes Handeln: Dafür möchte ich euch heute Danke sagen. Danke für den persönlichen Einsatz, aber auch an eure Familien für die enorme und oft nicht in der Öffentlichkeit gesehene Unterstützung für eure Tätigkeit. Es braucht auch in Zukunft die Achtung vor dem Amt des Bürgermeisters, die Achtung vor der Person, die es demokratisch legitimiert ausübt. Sonst rütteln wir an den Grundfesten unserer demokratischen Verfasstheit und der politischen Handlungsfähigkeit in diesem Land!“
Pressl strich die Erfolge heraus, die Niederösterreich zu einem noch stärkeren Land gemacht haben: „Wir haben die Krise auch als Chance gesehen und sind gemeinsam wichtige Schritte am Weg zur Energiewende gegangen: Die erste Tranche der PV-Zonierung wurde vorangetrieben, erst jüngst wurde das Raumordnungsgesetz hinsichtlich Vertragsraumordnung und Bürgerbeteiligung abgeändert. Wir haben jetzt die Instrumente in der Hand, dass diese Energiewende auch an die jeweiligen örtlichen Bedürfnisse, an die Menschen, angepasst möglich ist.“

Blick ins Jahr 2023

Der Präsident wagte auch einen Blick in die Kristallkugel und wies auf die großen Vorhaben für das Land und die Gemeinden hin: „Von der Energiewende bis zur Kinderbetreuung und die vielen weiteren Themen – jetzt geht´s in die Umsetzung, aber es werden auch schon die nächsten Weichen gestellt. In Bereichen wie Gesundheit und Pflege oder der Digitalisierung werden wir neue Schwerpunkte setzen müssen. Aber bei allen Bereichen und Themen, die kommen, ist mir eines besonders wichtig: Wir brauchen einfache, verständliche und stets menschliche Lösungen. Das zeichnet unsere Arbeit vor Ort für die Menschen aus und daran werden wir mit Vehemenz auch im neuen Jahr arbeiten!“



© Erich Marschik

Landesgeschäftsführer Bernhard Ebner, der 2. Landtagspräsident Karl Moser, Gemeindebund-Präsident Alfred Riedl, Landesrat Martin Eichtinger, NÖ Gemeindebund-Präsident Johannes Pressl, Landeshauptfrau Johanna Mikl-Leitner. LH-Stv. Stephan Pernkopf, Landesrat Ludwig Schleritzko, Klubobmann Klaus Schneeberger und der Vizepräsident des Europäischen Parlaments, Othmar Karas.

Erfolgreiche Kinderbetreuungsoffensive

Im Anschluss an Pressls Neujahrsansprache begrüßte Moderator Tom Bläumauer Landeshauptfrau Johanna Mikl-Leitner auf der Bühne. Auch sie hob das gute Miteinander zwischen Land und den Gemeinden hervor: „Im vergangenen Arbeitsjahr 2022 sind durch die Partnerschaft zwischen Land und Gemeinden viele Erfolge gelungen. Gemeinsam konnten wir zum einen die Gemeinden mit einem Entlastungspaket bei der Bewältigung der Teuerung mit 80 Millionen Euro unterstützen und zum anderen wichtige Weichen für die Zukunft stellen. Eine der größten Herausforderungen wird mit Sicherheit unsere Kinderbetreuungsoffensive, die wir im Miteinander zwischen Land und Gemeinden umsetzen werden.“

> „Wir brauchen einfache, **verständliche und stets menschliche Lösungen.**“
>
> **Johannes Pressl**
> Präsident des
> NÖ Gemeindebundes

Der Neujahrsempfang zum Nachsehen auf youtube:
https://www.youtube.com/watch?v=y5VmgvxN-q9k&t=1s

AKADEMIE 2.1

Bildungsprogramm 2023: Grundstein für erfolgreiche Arbeit

Mit der geschlagenen Landtagswahl rückt die Arbeit wieder in den Mittelpunkt. Für die Bildungsakademie der Volkspartei Niederösterreich heißt es jetzt, den Funktionärinnen und Funktionären jenes Rüstzeug in die Hand zu geben, das sie für ihre Tätigkeiten in den Gemeinden brauchen.

Worauf man 2023 einen Blick werfen sollte

- **Das Jahresprogramm:**
  Über die Website **www.akademie21.at** können ab sofort rund 60 Webinare oder Seminare gebucht werden. Dabei gilt weiterhin das Prinzip „2 + 1“, d.h. von drei gleichwertigen Seminaren ist das dritte kostenlos!

- **Die Lehrgänge:**
  Jederzeit kann man sich über die E-Mailadresse **office@akademie22.at** formlos für die Lehrgänge der Akademie 2.1 voranmelden. Das betrifft den einjährigen **Kommunalmanager-Lehrgang** und den halbjährigen Lehrgang „**Die Politikerin von morgen**“ (= Frauen-Spezial). Eine besondere Ausbildung gibt es 2023 mit dem **Trainerlehrgang** von März bis November. Wer selbst keine Möglichkeit für die Teilnahme hat, kann über die E-Mailadresse gerne Personen empfehlen.

- **Die Klausurarbeit:**
  Gerne unterstützt die Akademie 2.1 Gemeindeparteien bei der Organisation von Teamklausuren oder anderen fachlichen Rufseminaren. Informationen und Details zum Ablauf können über das Büro abgefragt werden.

- **Die E-Learning-Plattform:**
  Auf der Website www.akademie21.at wurde ein E-Learning- Bereich mit **kostenlosen Onlinekursen und Informationsmaterialien** integriert. Unter „Meine Seminare“ findet man außerdem alle Unterlagen zu besuchten Webinaren oder Seminaren.

Die politische Arbeit ist nicht nur komplexer, sie ist zunehmend persönlicher geworden. Mit den Aus- und Weiterbildungsangeboten für das Jahr 2023 liefert die Bildungsakademie darauf Antworten und Werkzeuge. Gerade die ersten Monate des Jahres bieten sich für die Jahresplanung an!

Die Bildungsakademie bietet als Informationskanal einen WhatsApp-Dienst an. Wer unregelmäßig, aber gezielt Informationen zum Programm, den Lehrgängen oder den aktuellen Aktionen erhalten möchte, sollte sich unbedingt anmelden:

1. Schritt:
0664 884 715 48 als „Akademie 2.1“ im Handy speichern

2. Schritt:
WhatsApp-Nachricht mit Vor- und Zunamen senden



© Fabio Principe- stock.adobe.com

SEMINARE UND WEBINARE

15.3.	**Seminar: FunktionärsKompass:** Meine Rolle. Meine Projekte (GR-Spezial)
20.3.	**Webinar: Arbeitnehmerveranlagung für GR und BGM**
25.3.	**Seminar: Politische Rhetorik I** - Meine Botschaft in 20 Sekunden (Einsteiger)
28.3.	**Webinar: Finanzhaushalt der Gemeinde** (Grundlagen)
30.3.	**Seminar: Organisation und Projektmanagement aus BGM-Sicht**
13. 4.	**Webinar: Gemeindeordnung II -** Regeln und Pflichten (Grundlagen)
24.4.	**Webinar: Der Prüfungsausschuss** (Grundlagen)
3.5.	**Seminar: Social Media: Mit Instagram & Co punkten** (Fortgeschrittene)
25.5.	**Seminar: Meine Rechte & Pflichten als BürgermeisterIn** (BGM-Spezial)

Das gesamte Angebot der Bildungsakademie ist auf der Homepage der Akademie 2.1 zu finden.

Information

Markus Burgstaller,
Geschäftsführer
02742 / 9020 – 1680
office@akademie21.at
www.akademie21.at

AUSZEICHNUNG

Top-Absolventin der Kommunalakademie

Cornelia Scherner-Rochl hat bei der Dienstprüfung alle Gegenstände mit Auszeichnung absolviert.

Die Kommunalakademie Niederösterreich kann wieder auf eine Top-Absolventin verweisen: Es ist dies Cornelia Scherner-Rochl aus der Gemeinde Maria Anzbach im Bezirk Sankt Pölten, wo sie seit Juli 2020 tätig ist (davor war sie in einem Handels- und Produktionsbetrieb beschäftigt). Im Rahmen des 211. Dienstprüfungskurses der Akademie hat Frau Scherner-Rochl alle Prüfungsgegenstände mit Auszeichnung absolviert. Die Gegenstände dabei: Buchhaltung, Allgemeines Verwaltungsrecht, Bundesabgabenordnung sowie Dienst- und Besoldungsrecht. In der Gemeinde selbst ist sie für Abgaben und Friedhofsverwaltung zuständig.



Cornelia Scherner-Rochl ist in Maria Anzbach für Abgaben und Friedhofsverwaltung zuständig.

MOBILITÄT

Über 300 **Verkehrsberatungen**

Neue Mobilitätslösungen helfen, unnötige Kosten zu vermeiden.

Gemeinden sind zuständig für die Verkehrserschließung, den ruhenden Verkehr sowie den Rad- und Fußgängerverkehr. Das Land Niederösterreich unterstützt die Gemeinden bei diesen Aufgaben durch die NÖ Verkehrsberatung. Durch verkehrstechnisch geschulte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der NÖ.Regional können oft unnötige Planungskosten vermieden werden. Nach einer Beratung und einem Lokalaugenschein ist meist klar, was wirklich gebraucht wird und welche Planungsvorgaben konkret beauftragt gehören.

„Die Themen dieser Beratungen sind vielfältig. Sie reichen von der Schulwegsicherung über Verkehrsberuhigung bis zur Schaffung von Radwegen. Unsere Verkehrsberaterinnen und -berater stehen dabei unterstützend zur Seite, führen Begehungen gemeinsam mit den Gemeindeverantwortlichen durch, stimmen sich mit den zuständigen Abteilungen im Land ab und suchen miteinander nach Lösungsvorschlägen“, führt Mobilitätslandesrat Ludwig Schleritzko aus.
Seit 2016 werden die Gemeinden in Niederösterreich durch sechs Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Regionalen Mobilitätsmanagements der NÖ.Regional in Verkehrsangelegenheiten beraten. Die NÖ.Regional blickt auf eine erfolgreiche Bilanz zurück: Seit damals gab es landesweit 308 Verkehrsberatungen.

2022 waren die Verkehrsberaterinnen und -berater 51-mal im Einsatz, hauptsächlich zu den Themen
- Radverkehr
- Straßenraumgestaltung (bei Siedlungsstraßen)
- Tempoverminderung im Ortsgebiet
- Verkehrssicherheit und Schulwegsicherung.

Information

www.noeregional.at/fachbereiche/mobilitaet/verkehrsberatung/

BUCHTIPP: **NÖ WAHLRECHT**



Die Wahlen zum NÖ Landtag und die Wahlen zu den Gemeinderäten der niederösterreichischen Gemeinden sind in zwei unterschiedlichen Rechtsvorschriften, der NÖ Landtagswahlordnung 1992 und der NÖ Gemeinderatswahlordnung 1994, geregelt.

Der Kommentar berücksichtigt die letzten Novellen dieser Gesetze und bietet damit erstmalig eine aktuelle und praxisnahe Kommentierung dieser Rechtsvorschriften.

Georg Miernicki, Nicolaus Drimmel, Gerald Kammerhofer, Doris Stilgenbauer und Joachim Weninger: Niederösterreichisches Wahlrecht. Praxiskommentar zur NÖ Landtagswahlordnung 1992 und NÖ Gemeinderatswahlordnung 1994. Verlag Österreich, 523 Seiten, 118 Euro. ISBN 978-3-7083-4116-3

VERANTWORTUNG

Haftung bei (sexueller) **Belästigung in Musikschulen**

Nach Medienberichten über Missstände an NÖ Musikschulen wurde im Dezember 2022 bei der NÖ Gleichbehandlungsbeauftragten eine Ombudsstelle für Musikschulbeschwerden eingerichtet. Lehrerinnen, Lehrer, Schülerinnen und Schüler sowie deren Angehörige können sich mit Wahrnehmungen vertraulich an diese Stelle wenden, Anonymität wird zugesichert.



© Andrey Popov-stock.adobe.com

Die Meldungen werden anonymisiert an die Bildungsdirektion und das Musikschulmanagement (MKM) weitergeleitet. Seitens der Bildungsdirektion werden Überprüfungen veranlasst.
Die Vielzahl der Meldungen betrifft dienstrechtliche Themen (z. B. willkürlich empfundene Stundenkürzungen, keine Ausstellung schriftlicher Dienstverträge). Meldungen an bisher drei Schulen betreffen auch sexuelle Belästigungen durch Lehrer bzw. Direktoren. Belästigt wurden sowohl Lehrerinnen als auch Schülerinnen.

Nachfolgend Infos zum Gleichbehandlungsrecht auch mit Relevanz für Dienstgeber (Gemeinden, Musikschulverbände):
Das **NÖ Gleichbehandlungsgesetz** gilt u. a. für Gemeinde- und -Gemeindeverbandsbedienstete, somit auch für Musikschullehrerinnen und -lehrer. Es verbietet unter anderem sexuelle Belästigung und andere Belästigungen im Zusammenhang mit Diskriminierungstatbeständen (Geschlecht, ethnische Zugehörigkeit, Religion und Weltanschauung, Behinderung, Alter und sexuelle Orientierung).
Eine sexuelle Belästigung ist jedes unerwünschte Verhalten sexueller Natur, das bezweckt oder bewirkt, dass die Würde einer Person verletzt wird. Für die belästigte Person wird dadurch eine einschüchternde, feindselige, erniedrigende, entwürdigende oder beleidigende Arbeitssituation geschaffen oder es entstehen dadurch nachteilige Folgen für sie.

Die sexuelle Belästigung nimmt immer Bezug auf die Sexualsphäre einer Person: Dazu können eindeutige verbale Äußerungen gehören, aufdringliche Blicke, anzügliche Bemerkungen über körperliche Vorzüge oder Schwächen, anzügliche Witze, Nachrichten (etwa E-Mail oder WhatsApp) mit sexuellen Anspielungen, offenes Ansehen von Pornographie am Computer, aufgedrängte Küsse, erzwungene Umarmungen, körperliche Berührungen, Aufforderung zu sexuellen Handlungen, eventuell verbunden mit Androhungen oder dem Versprechen von Vorteilen.
Aber auch andere Belästigungen im Konnex mit dem Geschlecht sind verboten (z. B. Bezeichnung als Mausi, Schatzi u. ä.).

Solche Belästigungen stellen Dienstpflichtverletzungen dar und machen auch schadenersatzpflichtig. Diese Belästigungen sind vom Dienstgeber (Gemeinde, Gemeindeverband) dienstrechtlich zu ahnden (je nach Schwere von Ermahnung bis zur Beendigung des Dienstverhältnisses und Strafanzeige) und abzustellen.
Bleibt der Dienstgeber untätig, wird auch er schadenersatzpflichtig.

Schutz vor Repressalien durch Dienstgeber/Vorgesetzte

Das Gleichbehandlungsgesetz schützt Personen, die sich z. B. bei Belästigungen angemessen zur Wehr setzen, den Vorfall melden oder sich auf das Gesetz berufen. So dürfen z. B. deshalb keine Dienstverhältnisse beendet oder Stunden gekürzt werden.

Info

Beratung und Unterstützung bieten neben Personalvertretung, Gewerkschaft, und Vorgesetzten auch

- **NÖ Gleichbehandlungsbeauftragte** (LehrerInnen)
- **NÖ Antidiskriminierungsstelle** (SchülerInnen, Angehörige)

Kontakt für beide Stellen ist die Ombudsstelle:
Tel. 02742 9005-16212
post.gbb@noel.gv.at
www.noe.gv.at/gleichbehandlung

GEWALTPRÄVENTION

Gemeindepaket **gegen Gewalt an Frauen**

Sicherheitsnetzwerk für Frauen wird auf alle 573 Gemeinden ausgerollt.

2022 gab es in Österreich 28 Frauenmorde, sechs davon in Niederösterreich. „Das ist zwar der niedrigste Wert seit 2016, aber natürlich um 28 zu viel. Hier ist es die Pflicht der Politik und die Verantwortung jedes und jeder Einzelnen zu sensibilisieren“, sagte Landesrätin Christiane Teschl-Hofmeister bei der Präsentation eines neuen Gemeindepakets gegen Gewalt.
Es habe bisher schon verschiedene Initiativen gegeben – von langfristigen Präventionsmaßnahmen inklusive der Schulung der Finanzkompetenz über niederschwellige Informationen etwa in Form mehrsprachiger, in Supermärkten aufliegender Folder und die Enttabuisierung des Themas bis hin zu den Ansätzen in der Schule und dem guten Netzwerk institutionalisierter



© NLK Pfeiffer

Landesrätin Christiane Teschl-Hofmeister und Elisabeth Cinatl, Sprecherin der NÖ Mädchen- und Frauenberatungsstellen, präsentierten in St. Pölten ein neues Gemeindepaket gegen Gewalt an Frauen

Beratung, meinte die Frauenlandesrätin und fuhr fort: „Das kann aber nicht alles sein. Jetzt geht es darum, einen Schritt weiter in die Tiefe zu gehen und jeder Frau die Gewissheit zu geben, dass es eine Anlaufstelle für Hilfe in ihrer Nähe gibt.“
Auf Basis der Runden Tische in allen Regionen des Landes wird jetzt das Sicherheitsnetzwerk für Frauen auf alle 573 Gemeinden im Land ausgerollt, um die Sensibilisierung voranzutreiben und die Zivilcourage zu steigern.
„‚Gewalt erkennen & reagieren‘ ist ein All-inclusive-Paket für Gemeinden zur Abhaltung Runder Tische in den Gemeinden“, kündigte Teschl-Hofmeister an. Die Muster für Ankündigungsplakate, Einladungslisten und Ablaufpläne, ein Moderations-Leitfaden und ein Video werden an die Gemeinden geschickt und stehen darüber hinaus kostenlos im Internet zur Verfügung.

VERANSTALTUNG

Wie man wertvolles **Regenwasser bewahrt**

Beim „Natur im Garten“-Gemeindefachtag wird über Entsiegelungsmaßnahmen informiert.

Der Umgang mit Regenwasser und lokale Versickerungsmaßnahmen sind das zentrale Thema des heurigen „Natur im Garten“-Gemeindefachtages im März.
Die Errichtung von Gründächern, Sickermulden bis hin zu versickerungsoffenen Parkplätzen sind Maßnahmen, die helfen, das Kanalsystem zu entlasten, das Risiko lokaler Überschwemmungen zu reduzieren und das Wasser vor Ort im Boden zu halten, damit es über die Verdunstung durch Pflanzen das Klima im Ort wieder abkühlen kann. Deshalb werden Entsiegelungsmaßnahmen in Gemeinden seit Herbst 2022 vom Land Niederösterreich gefördert, auch darüber wird am Fachtag informiert. Mit Begrünungsmaßnahmen kann aber nicht nur die lokale Regenwasserversickerung forciert, sondern auch



© Natur im Garten

Auf Parkplätzen soll Wasser versickern können.

die Biodiversität gefördert werden. Besonders wertvoll hinsichtlich der Artenvielfalt sind Grünflächen, die mit Bäumen bewachsen sind.
Zusätzlich präsentieren die Aussteller im Außenbereich eine große Vielfalt an Maschinen zur ökologischen Unkrautbekämpfung.

Info

Termin:
17. März 2023,
8.30 - 16.00 Uhr
Ort: Gartenbauschule Langenlois

STELLENAUSSCHREIBUNG

Jurist bzw. Juristin im NÖ Gemeindebund gesucht

Zur Verstärkung seines Teams sucht der NÖ Gemeindebund – Anlaufstelle und Interessensvertretung für Kommunalpolitiker des Landes – einen Juristen bzw. eine Juristin in Vollzeit (40 Stunden) zum sofortigen Diensteintritt.

Ihr Tätigkeitsbereich umfasst insbesondere:
- Rechtsberatung für Gemeindefunktionäre;
- Begutachtung von Gesetzen, Verordnungen und Richtlinien.

Anforderungsprofil:

- abgeschlossenes Studium der Rechtswissenschaften;
- optimalerweise Berufserfahrung im kommunalen Bereich;
- Interesse am Verwaltungsrecht, idealerweise Kenntnisse in der Bau- und Raumordnung;
- Engagement, Teamfähigkeit, Unbescholtenheit und örtliche Mobilität;
- selbstständige und eigenverantwortliche Arbeitsweise.

Wir bieten:

- eine anspruchsvolle und interessante juristische Tätigkeit;
- die Möglichkeit zur konsequenten fachlichen und persönlichen Weiterentwicklung;
- ein gutes, familiäres Betriebsklima;
- ein attraktives Gehalt.
- Das Gehalt richtet sich nach der konkreten Qualifikation und der allfälligen bisherigen beruflichen Vorerfahrung.

Erforderliche Bewerbungsunterlagen:

- Bewerbungsschreiben & Lebenslauf;
- Ausbildungs- und Abschlusszeugnisse bzw. Diplome und allfällige Nostrifikations- oder sonstige Anerkennungsbescheide;
- aktuelles Foto.

Wenn wir Ihr Interesse geweckt haben, dann freuen wir uns auf Ihre schriftliche Bewerbung.

Kontakt

NÖ Gemeindebund
z.H. LGF Mag. Gerald Poyssl
Ferstlergasse 4, 3100 St. Pölten
Tel. 02742/9020-8000
Mail: post@noegemeindebund.at



FACHENQUETE „HAFTUNG IM VEREINSWESEN“

Nach pandemiebedingter Pause startet Service Freiwillige 2023 mit der Fachenquete für Vereinsfunktionäre. Thema der heurigen Veranstaltungsserie ist

„Haftung im Vereinswesen“

- Ist die Sorge um das Privatvermögen berechtigt?
- Wer haftet wann dem eigenen Verein gegenüber (nach innen) und
- unter welchen Voraussetzungen für Vereinsschulden (nach außen)?

Vortragende:

- Dr. Thomas Höhne
- Mag. Alexander Koukal LL.M.
- Mag. Maximilian Kralik LL.M.

Alle von Höhne, In der Maur & Partner Rechtsanwälte GmbH & Co KG

Erläutert werden u. a.:

- Fragen zur Haftung im Vereinsleben, bei Veranstaltungen oder beim Projektmanagement
- Was ist ein „sorgsamer Umgang“ mit dem Vereinsvermögen?
- Was bedeutet „fahrlässiges Handeln“?
- Wann endet die Haftung nach Beendigung der Funktionärstätigkeit?

Sollten Sie bereits jetzt Fragen zum Thema „Haftung im Vereinswesen“ haben, schicken Sie diese bitte gerne mit der Anmeldung mit – sie werden dann jedenfalls im Rahmen der Veranstaltungen beantwortet!

Termine

jeweils ab 18.00 Uhr bis ca. 20.30 Uhr

28.2.	**Schloss Bad Fischau** Festsaal
2.3.	**Groß Gerungs** Gasthaus Hirsch
8.3.	**Stift Seitenstetten -** Raum Benediktus
14.3.	**St. Pölten** Hotel – Restaurant Roter Hahn
16.3.	**Schloss Wolkersdorf**

Anmeldung

Anmeldung bis eine Woche vor der Veranstaltung erbeten unter
service-freiwillige@kulturregionnoe.at

OFFENLEGUNG GEMÄSS MEDIENGESETZ § 25

Herausgeber:
NÖ Gemeindebund,
Ferstlergasse 4, 3100 St. Pölten

Präsident: Bgm. Dipl.-Ing. Johannes Pressl

Vizepräsidenten: Bgm. Brigitte Ribisch, M.A., LAbg. Bgm. ÖkR Josef Balber, Bgm. Stefan Seif

Landesgeschäftsführer: Mag. Gerald Poyssl

Mitglieder der Geschäftsleitung: Bgm. Dipl.-Ing. Johannes Pressl, Bgm. Brigitte Ribisch, M.A., LAbg. Bgm. ÖkR Josef Balber, Bgm. Stefan Seif, Mag. Gerald Poyssl, Bgm a.D. Kurt Jantschitsch, BR Bgm. Margit Göll, Bgm. Ing. Nikolaus Reisel, Bgm. Michaela Walla, Bgm. Herbert Wandl, Bgm. Franz Peter Aigner

Medieninhaber und Verleger:

Österreichischer Kommunal-Verlag GmbH
Löwelstraße 6 / 2. Stock, 1010 Wien,
www.kommunalverlag.at
Geschäftsführung: Mag. Michael Zimper

Unternehmensgegenstand: Die Herstellung, der Verlag und Vertrieb von Druckschriften aller Art, insbesondere Fachzeitschriften, der Handel mit Waren aller Art sowie die Organisation von Veranstaltungen.

Gesellschafter: Mag. Michael Zimper, Verleger, Wien (55 Prozent) sowie die „Zimper GmbH.“ (45 Prozent), Gesellschafter Michael Zimper, Verleger, Wien.

Beteiligungen: Die „Zimper GmbH“ ist mit 93 Prozent an der „Loisel.Spiel.Zach GmbH“ in Wien beteiligt, der Österreichische Kommunal-Verlag mit 100 Prozent an der „Zimper Media GmbH“ in Deutschland sowie mit 33,3 Prozent an der „Kommunos GmbH“ und mit 25,3 % an der „RIS GmbH“.

Erklärung über die grundlegende Richtung:

Information der dem Verband angehörenden Gemeindemandatare sowie aller an den Fragen der Kommunalpolitik interessierten und beteiligten Personen in Niederösterreich und das Gemeinderecht betreffenden Angelegenheiten. Die NÖ GEMEINDE erscheint zehnmal im Jahr und wird in einer Auflage von 12.800 Exemplaren den Beziehern direkt und kostenlos zugeschickt.

IMPRESSUM

Herausgeber:
NÖ GEMEINDEBUND
(Kommunalpolitische Vereinigung - KPV)
3100 St. Pölten, Ferstlergasse 4
ZVR 959071656

Internet: www.noegemeindebund.at
Mit der Herausgabe beauftragt:
Landesgeschäftsführer Mag. Gerald Poyssl

Medieninhaber:
Österreichischer Kommunal-Verlag GmbH.,
1010 Wien, Löwelstraße 6,
Tel.: 01/532 23 88-0
Chefredakteur: Mag. Helmut Reindl,
E-Mail: helmut.reindl@kommunal.at
Mitarbeit: Bernhard Steinböck, MSc.
Prof. Dr. Franz Oswald
Grafik: Österreichischer Kommunal-Verlag,
Thomas Max, E-Mail: thomas.max@kommunal.at

Anzeigenverkauf: Tel.: 01/532 23 88-0
Martin Pichler,
E-Mail: martin.pichler@kommunal.at
Martin Mravlak,
E-Mail: martin.mravlak@kommunal.at
Oliver Vogel,
E-Mail: oliver.vogel@kommunal.at

Hersteller:
Leykam Druck, 7201 Neudörfl
Erscheinungsort: 2700 Wr. Neustadt
Auflage kontrolliert: 12.800 Exemplare.

Direktversand ohne Streuverlust
an folgende Zielgruppen in NÖ:
Mandatare und leitende Bedienstete in allen NÖ Gemeinden (Bürgermeister, Vizebürgermeister, Stadt- und Gemeinderäte, Ortsvorsteher und leitende Gemeindebedienstete). Alle NÖ Abgeordneten zum National- und Bundesrat sowie Landtag, alle Mitglieder der Landes- und Bundesregierung und alle Abteilungsleiter und deren Stellvertreter beim Amt der NÖ Landesregierung. Alle Bezirkshauptleute und deren Stellvertreter sowie alle Fachjuristen der Bezirkshauptmannschaften in NÖ. Alle Leiter und deren Stellvertreter der Gebietsbauämter in NÖ sowie alle Sachverständigen des Landes, der Bezirkshauptmannschaften und der Gebietsbauämter. Alle Bezirks- und Landesfunktionäre sowie leitenden Bedienstete der gesetzlichen Interessenvertretungen in NÖ (Wirtschafts-, Landwirtschafts- und Arbeiterkammer) sowie alle Abteilungsleiter von Landesgesellschaften. Alle Funktionäre und Geschäftsführer von in NÖ relevanten Verbänden, Organisationen und Institutionen.
Namentlich gezeichnete Artikel geben die Meinung der jeweiligen Autoren wieder und liegen in deren alleiniger Verantwortung. Persönlich gezeichnete Berichte müssen sich daher nicht mit der Auffassung des Herausgebers oder des Medieninhabers decken.

PEFC zertifiziert
Dieses Produkt stammt aus nachhaltig bewirtschafteten Wäldern und kontrollierten Quellen
PEFC
www.pefc.org

Eine Information der HYPO NOE Landesbank für Niederösterreich und Wien AG, 3100 St. Pölten, Stand 04/2022, **Werbung**

www.hyponoe.at



KINDERGARTEN.
VOLKSSCHULE.
LANDESBANK.
FEUERWEHRHAUS.
RATHAUS.

Öffentliche Finanzierungen brauchen lange Erfahrung, hohe Kompetenz, Nähe und Zukunftsperspektive. Effektive und budgetschonende Lösungen zur Portfoliosteuerung und attraktive All-inclusive-Leasingmodelle. Nachhaltig und zukunftsorientiert – für Gemeinden in ganz Österreich.

Ihr Ansprechpartner:
Leiter Öffentliche Finanzierungen
Dr. Christian Koch: 05 90 910
christian.koch@hyponoe.at

HYPO NOE